

**1. Sitzung des Gemeindeparlamentes**  
**Donnerstag, 21. September 2023**  
**Stadthaus, Ratsaal**  
**Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.10 Uhr**

Anwesend sind: 37 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Simon Bloch, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Fürst, 4. Sandy Grieder, 5. Christian Huber,  
6. Simone Sager, 7. Andrea Walder, 8. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Florian Eberhard, 3. Anna-Lea Enzler, 4. Daniela Minikus,  
5. Luc Nünlist, 6. Claudia Schmid-Weber, 7. Luisa Segessenmann

Junge SP Region Olten:

1. Timo Probst, 2. Cécile Send

Die Mitte:

1. Beat Felber (ab 19.20 h), 2. Muriel Jeisy, 3. Thomas Kellerhals

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Manfred Schoger

Grüne Olten:

1. Gian Baumann, 2. Manuela Höfler, 3. Lukas Lütolf, 4. Martin Räber,  
5. Yael Schindler Wildhaber

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner (ab 20.30 h), 2. Robin Kiefer, 3. Ursula Rüegg, 4. Marc Winistöfer

Olten jetzt!:

1. Dr. Salome Kisker, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Vivek Sharma,  
5. Denise Spirig (ab 19.20 h), 6. Seu-Jhing Tang

Stadtrat: Thomas Marbet, Stadtpräsident  
Nils Loeffel, Direktion Bildung und Sport  
Marion Rauber, Direktion Bau  
Raphael Schär-Sommer, Direktion Soziales  
Markus Dietler, Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend: Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste  
Christian Ginsig

Unentschuldigt abwesend: Markus Wyss  
Philippe Ruf

Ferner anwesend: Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent  
Urs Tanner, Verwaltungsleiter Dir. Finanzen und Dienste

Vorsitz: Yael Schindler Wildhaber

Protokollführerinnen: Andrea Baumann, Sachbearbeiterin Stadtkanzlei  
Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

\* \* \*

#### Geschäfte:

7. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
  - \* 7.1 Überparteiliche dringliche Interpellation betr. Schulergänzende Kinderbetreuung in Olten sicherstellen
  - 7.2 Auftrag Cécile Send und Timo Probst (JSP) betr. Werbeverbot in der Stadt Olten
  - 7.3 Auftrag Timo Probst (SP/JSP) betr. Verbesserung der Sicherheit für Velofahrende an der Neuhardstrasse
  - 7.4 Überparteilicher Auftrag Martin Räber (GO/JGO), Tobias Oetiker (OJ) und MU betr. Nachhaltige Entwicklung in die Gemeindeordnung integrieren
  - 7.5 Überparteilicher Auftrag Martin Räber (GO/JGO), Tobias Oetiker (OJ) und MU betr. Klimaschutz in die Gemeindeordnung integrieren
  - \*\* 7.6 Auftrag Matthias Borner (SVP) und Nico Zila (FDP) betr. Einheitsbezug der direkten Staats- und Gemeindesteuern für die Oltnerinnen und Oltner
  - \*\* 7.7 Überparteilicher Auftrag Tobias Oetiker, Vivek Sharma (OJ) und MU betr. Velofahrbahnmarkierungen Klosterplatz bis alte Brücke
  - \*\* 7.8 Überparteilicher Auftrag Fraktionen SP/JSP und GO/JGO betr. Stationen fürs Pumpen, Flicken, Unterhalten und Laden von Fahrrädern im Stadtgebiet prüfen
  - \*\* 7.9 Auftrag Matthias Borner (SVP) und MU betr. Schutz vor Diebstählen bei der Garderobe des Leichtathletikstadions Kleinholz
  - \*\* 7.10 Überparteilicher Auftrag Fraktionen GO/JGO, SP/JSP, OJ, Mitte/GLP/EVP betr. Mobilitätskonzept Schule für Olten
  - \*\* 7.11 Überparteilicher Auftrag Fraktionen GO/JGO, SP/JSP betr. Stadtbäume befreien
  - \*\* 7.12 Interpellation Manfred Schoger (Mitte/GLP/EVP) und MU betr. Grünstadt Schweiz (Label)

- \* Änderung der Traktandenliste  
\*\* aus Zeitgründen verschoben

\* \* \*

**Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber:**

Geschätzter Stadtpräsident, geschätzte Stadträtin, geschätzte Herren Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste hier vor Ort und zuhause via Youtube. Ich begrüsse Sie und Euch ganz herzlich zum zweiten Teil unserer ersten Sitzung. Zuerst eine schöne Mitteilung: Die Fledermaus konnte gestern noch gerettet werden. Sie ist jetzt wieder im Freien.

## **Mitteilungen**

### **Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber:**

#### Vorstösse/Eingang

- Kleine Anfrage Luc Nünlist (SP/JSP) und MU betr. Richtlinie für Verwendung von städtischen Fonds klären
- Überparteilicher Auftrag Tobias Oetiker (OJ) und MU betr. Anpassung Baureglement bezüglich Bewilligung von klimarelevanten Bauprojekten in Schutzzonen, bei erhaltenswerten Kulturobjekten und in der Altstadt
- Interpellation Philippe Ruf (SVP) und MU betr. Sicherheit in der Bahnhofsnähe Olten

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 21. September 2023

Prot.-Nr. 8

## Dringliche überparteiliche Interpellation betr. Schulergänzende Kinderbetreuung in Olten sicherstellen/Beantwortung

Am 18. September 2023 haben die Fraktionen FDP und Mitte/GLP/EVP folgende dringliche Interpellation eingereicht:

### Begründung für die Dringlichkeit

Die Direktion für Bildung und Sport hat die lokalen Anbieter von Kinderbetreuungsleistungen erstmals am 16. Mai 2023 informiert, dass sie beabsichtigt, die schulergänzende Betreuung im neuen Schulhaus Kleinholz selber zu betreiben. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Hortbetreiber davon ausgegangen, dass dieses Angebot durch die Stadt Olten ausgeschrieben und extern geführt werde. So teilte die Direktion Bildung und Sport einem bestehenden Anbieter noch im September 2022 brieflich mit, dass ein Ausbau seiner Angebote von der Stadt begrüsst würde.

In der Zwischenzeit verdichten sich die Anzeichen, dass der Gesamtstadtrat diesen Paradigmawechsel von privater zu staatlicher Kinderbetreuung tatsächlich umsetzen will (so beispielsweise in den Begleitunterlagen zur stadträtlichen «Halbzeitbilanz» vom 18. August 2023). Gleichzeitig ist die Direktion Bildung und Sport in verschiedenen Geschäften stark gefordert (bspw. Schulraumplanung Frohheim, hohe personelle Fluktuation in den Schulleitungen) und mit reduzierten Ressourcen konfrontiert. In dieser Ausgangslage ein völlig neues Feld bewirtschaften zu wollen, zu welchem verwaltungsintern bisher keine nennenswerten Kompetenzen vorhanden sind, ist mit erheblichen Risiken behaftet.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sind deshalb besorgt, dass das bewährte Hortangebot in der Stadt Olten durch dieses unüberlegt wirkende, politisch nicht abgestützte Vorgehen Schaden erleidet. Die privaten Betreiber stehen vor wichtigen Investitionsentscheidungen, für welche sie Planungssicherheit benötigen. Die Direktion Bildung und Sport steht vor Herausforderungen in ihrem Kerngeschäft, auf welche sie sich konzentrieren sollte.

Damit die bestehenden und bewährten Anbieter von schulergänzender Kinderbetreuung ihre Budget- und Stellenplanung für das Schuljahr 2024/25 zeitnah vornehmen und ein nachfragegerechtes Angebot an Hortplätzen bereitstellen können, kann dieses für viele Oltnner Eltern wichtige Thema nicht erst an der Budgetsitzung im November 2023 im Parlament diskutiert werden, wie dies der Stadtrat offenbar beabsichtigt.

### Fragen an den Stadtrat

Die Interpellantinnen und Interpellanten laden den Stadtrat ein, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Bestätigt der Stadtrat, dass er aktuell plant, ab Sommer 2024 die schulergänzende Kinderbetreuung im Schulhaus "Kleinholz" (und später eventuell an weiteren Schulstandorten) als neues Leistungsfeld der Oltnner Stadtverwaltung selber zu führen?

Falls die Antwort auf Frage 1 "Ja" lautet:

2. Trifft es zu, dass die privaten Anbieter dieser Dienstleistungen, welche bereits erfolgreich in Olten tätig sind, den von der Direktion Bildung und Sport in der Elternumfrage vom Juli 2022 erhobenen Bedarf an Betreuungsplätzen ebenfalls abdecken könnten?
3. Wie beabsichtigt der Stadtrat, die bisherigen Standards in der Flexibilität und Verfügbarkeit des Angebots (insbesondere was die Öffnungszeiten am frühen Morgen, am späten Nachmittag und während der Schulferien betrifft) zu halten oder auszubauen?
4. In welchem Zeitraum will die Stadt auf ihrem gesamten Gebiet allen Eltern und Erziehungsberechtigten ein Hortangebot wie im Kleinholz zur Verfügung stellen können?
5. Mit welchen nicht durch Elternbeiträge gedeckten Kosten ist bei der Stadtverwaltung zu rechnen?
6. Welche Kosten und Arbeitsaufwände wurden bisher durch die Vorbereitungsarbeiten generiert? Auf welchem politischen Beschluss beruhen diese städtischen Ausgaben?
7. Trifft es zu, dass die privaten Anbieter von der Bildungsdirektion um Informationen zu ihrer Geschäftstätigkeit und zu deren Ausbau angefragt wurden? Falls ja, wurde diese Arbeit entschädigt – und aus welchem Kredit?
8. Wie beurteilt der Stadtrat allfällige Bedenken der privaten Anbieter betreffend Investitionsschutz, wenn die öffentliche Hand ihnen dieses Geschäftsfeld streitig macht?

Falls die Antwort auf Frage 1 "Nein" lautet:

9. In welchem Gesprächsformat steht der Stadtrat mit den privaten Anbietern von schulergänzender Kinderbetreuung im Austausch?
10. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass das Angebot an Hortplätzen in der Stadt Olten inskünftig der Nachfrage entspricht?
11. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Olten über die Verfügbarkeit von schulergänzender Kinderbetreuung in den verschiedenen Quartieren informiert werden?

\* \* \*

Stadtrat Nils Loeffel beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Der Stadtrat beantwortet die gestellten Fragen gerne wie folgt:

*1. Bestätigt der Stadtrat, dass er aktuell plant, ab Sommer 2024 die schulergänzende Kinderbetreuung im Schulhaus "Kleinholz" (und später eventuell an weiteren Schulstandorten) als neues Leistungsfeld der Oltner Stadtverwaltung selber zu führen?*

Auf Basis der Diskussion der Ergebnisse aus der durch die Stadt Olten in Zusammenarbeit mit der FHNW im Jahr 2022 durchgeführten Elternumfrage wurde die Direktion Bildung und Sport beauftragt, die Grundlagen für einen städtischen Betrieb der schulergänzenden Kinderbetreuung im Schulhaus Kleinholz zu schaffen. Die Öffentlichkeit wurde diesbezüglich im Rahmen der Veröffentlichung der Ergebnisse zur Elternumfrage am 17. Mai 2023 informiert. Den Fraktionen des Gemeindeparlaments wurden die Ergebnisse aus der Elternumfrage sowie die dazugehörige Medienmitteilung am 5. Mai 2023 vorgängig zur Kenntnis gebracht. In der Medienmitteilung wurde festgehalten: «Beabsichtigt wird nun, im Schulhaus Kleinholz mit dem Bezug der Schulanlage per Schuljahr 2024/25 einen städtischen Pilotbetrieb aufzubauen. Weitere Schulstandorte könnten dann auf Basis des Pilotprojekts in Etappen ebenfalls mit einem Tagesstrukturangebot ergänzt werden. »

Die Schaffung von städtischen Angeboten im Bereich der schulergänzenden Kinderbetreuung entspricht der schweizweiten Entwicklung der vergangenen 20 Jahre. Diese Entwicklung wird u.a. auch mit dem Impulsprogramm des Bundes (Finanzhilfe für familien- und schulergänzende Betreuungsangebote) unterstützt. Die geplante Strategie ist zudem eine Reaktion

auf die stark steigende Nachfrage nach schulergänzenden Betreuungsangeboten in der Stadt Olten. Diese wird prognostisch im Zusammenhang mit den steigenden Kinderzahlen weiter steigen. Um die Nachfrage auffangen zu können, bedarf es eines direkt gesteuerten und zielgerichteten, raschen Ausbaus des schulergänzenden Angebots.

Dazu kommt, dass in den letzten Jahren diverse politische Vorstösse zum Ausbau der familien- und schulergänzende Kinderbetreuung eingereicht wurden und die Elternumfrage den zusätzlichen Bedarf bestätigt hat. Am 5. Juni 2023 wurde ausserdem ein Volksauftrag mit 200 Unterschriften eingereicht, mit welchem der Stadtrat aufgefordert wird, die Verantwortung, die Planung und die Hauptorganisation der schulergänzenden Kinderbetreuung zu übernehmen.

Aufgrund dessen hat die Direktion Bildung und Sport eine Strategie Tagesstruktur 2024-2030 ausgearbeitet. Die Strategie wird im Oktober durch den Stadtrat beraten und sieht vor, dass die Stadt Olten das Tagesstrukturangebot im Kleinholz selber betreibt und ein sukzessiver Aufbau weiterer städtischen Angebote in den nächsten Jahren erfolgt. Mit der Strategie will die Stadt Olten Transparenz für das Parlament, die Verwaltung und die Privatanbieter schaffen, damit in Kooperation mit den Privatanbietern das schulergänzende Betreuungsangebot zielgerichtet ausbaut werden kann. Die Stadt übernimmt darin eine aktive Rolle, was der gesamtschweizerischen Entwicklung im Bereich der schulergänzenden Kinderbetreuung entspricht.

*2. Trifft es zu, dass die privaten Anbieter dieser Dienstleistungen, welche bereits erfolgreich in Olten tätig sind, den von der Direktion Bildung und Sport in der Elternumfrage vom Juli 2022 erhobenen Bedarf an Betreuungsplätzen ebenfalls abdecken könnten?*

Nein. Der erhobene Bedarf an Tagesstrukturplätzen in der Stadt Olten zeigt, dass die Nachfrage über den geplanten Ausbau am Standort Kleinholz und das bestehende schulergänzende Angebot von Privatanbietern hinausgeht. Auch die uns bekannten und geplanten Projekte zur Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen der Privatanbieter können nicht den gesamten Bedarf abdecken.

Die erhobenen Daten zeigen insbesondere, dass die Stadt Olten im Einzugsgebiet der Schulen Bifang und Säli einen hohen Nachholbedarf hat. Bei der Planung der Betreuungsangebote ist zudem zu berücksichtigen, dass die Kinderzahlen in den kommenden Jahren weiter steigen werden.

Da die Stadt Olten die Nachfrage nach Betreuungsplätzen kurz- und mittelfristig nicht vollständig mit eigenen Angeboten decken kann, sieht die entwickelte Strategie Tagesstrukturen 2024-2030 eine enge Kooperation mit den bestehenden Anbietern vor, um diese aufzufangen.

Aus Sicht des Stadtrats kommt es daher nicht zu einem Verdrängungskampf im Markt, sondern handelt es sich um eine strategisch gut gesteuerte Antwort auf den Nachfrageüberhang. Dies wurde den Anbietern in den Austauschsitzen im Mai, Juni und August 2023 von der Direktion Bildung und Sport aufgezeigt.

*3. Wie beabsichtigt der Stadtrat, die bisherigen Standards in der Flexibilität und Verfügbarkeit des Angebots (insbesondere was die Öffnungszeiten am frühen Morgen, am späten Nachmittag und während der Schulferien betrifft) zu halten oder auszubauen?*

Der Stadtrat ist bestrebt, die Angebotslandschaft in Kooperation mit den Privatanbietern gezielt weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch ein Ausbau der Angebote während den Schulferien und eine Erweiterung der Öffnungszeiten. Im Grundsatz richten sich die Angebote der schulergänzenden Kinderbetreuung nach der effektiven Nachfrage und orientieren sich an marktwirtschaftlichen Überlegungen. In diesem Sinne werden auch die städtischen Angebote aufgebaut. Im Konzept Tagesstruktur Kleinholz, welches dem Parlament in der Novembersitzung vorgelegt wird, wird dies entsprechend aufgezeigt. Das städtische Angebot wird sich nicht von den Angeboten der Privatanbieter unterscheiden und die gleichen Öffnungszeiten und die gleiche Flexibilität bieten.

*4. In welchem Zeitraum will die Stadt auf ihrem gesamten Gebiet allen Eltern und Erziehungsberechtigten ein Hortangebot wie im Kleinholz zur Verfügung stellen können?*

Die Strategie 2024-2030 sieht vor, in den kommenden sechs Jahren das städtische Angebot sukzessive auszubauen.

- Im Einzugsgebiet Kleinholz wird dies bereits im August 2024 möglich sein, da Räumlichkeiten für die Tagesstruktur Kleinholz im Umfang von 40 Plätze respektive 60 Mittagstische zur Verfügung stehen.
- Im Rahmen der geplanten Schulraumentwicklung im Schulhaus Bannfeld wird die Schaffung eines Tagesstrukturangebots in die Planung miteinbezogen.
- Für das Bifangschulhaus und das Sälischulhaus sind im Rahmen der Finanz- und Investitionsplanung keine Entwicklungsprojekte geplant. Bis spätestens Ende 2025 ist zu definieren, wie der Bedarf an Betreuungsplätzen auf der rechten Aareseite gedeckt werden kann.

Im Rahmen der sechsjährigen Strategie ist kein Vollausbau des städtischen Angebots geplant. Der Aufbau der Tagesstrukturangebote soll wann immer möglich im Zusammenhang mit Entwicklungsprojekten an den Schulstandorten erfolgen.

*5. Mit welchen nicht durch Elternbeiträge gedeckten Kosten ist bei der Stadtverwaltung zu rechnen?*

Das städtische Tagesstrukturangebot ist grundsätzlich vollständig durch Elternbeiträge zu finanzieren. Damit soll sichergestellt werden, dass die Voraussetzungen für die Privatanbieter und die Stadt die gleichen sind. Mit dem Konzept Tagesstruktur Kleinholz wird zuhanden des Parlaments auch ein Budgetplan vorgelegt, der diesen Anspruch bestätigt.

In der Stadtverwaltung wird die Koordination des Themenbereichs Kinder-, Jugend- und Familienförderung (KJFF) für die strategische Führung der Angebote zuständig sein. Das Oltner Gemeindeparlament hat an seiner Sitzung vom 23./24. November 2022 beschlossen, die Lohnkosten für ein Arbeitspensum von 40 Stellenprozent einer Fachperson KJFF einzustellen. Der Stadtrat wird im Rahmen der Budgetdebatte im November 2023 die Schaffung einer unbefristeten Stelle in diesem Themenbereich beantragen.

*6. Welche Kosten und Arbeitsaufwände wurden bisher durch die Vorbereitungsarbeiten generiert? Auf welchem politischen Beschluss beruhen diese städtischen Ausgaben?*

Mit der Einstellung der Lohnkosten in Höhe von CHF 55'300.00 einer Fachperson KJFF im Budget 2023 wurde die Direktion Bildung und Sport beauftragt, die Arbeiten im Themenbereich KJFF voranzutreiben. Dazu gehört auch die Umsetzung der Massnahmen aus der Elternumfrage.

Mit der Aufnahme der Lohnkosten im Budget 2023 war nur eine befristete, einjährige Anstellung einer Fachperson möglich. Ein Stellenantrag zuhanden des Parlaments im Rahmen der Budgetverhandlung 2024 für eine unbefristete Besetzung der Stelle bleibt notwendig.

Aufgrund dieser Ausgangslage wurde auf die Schaffung einer auf ein Jahr befristeten Stelle verzichtet und die Aufgaben wurden auf Mandatsbasis vergeben. Die Projektkosten belaufen sich aktuell auf CHF 25'000. Damit ist sichergestellt, dass dem Parlament im Herbst 2023 die Strategie Tagesstrukturen 2024-2030, die Verordnung Tagesstrukturen, das Konzept Tagesstruktur Kleinholz sowie für die Verwaltung notwendige Stellenbeschriebe vorliegen.

Die Vorbereitungsarbeiten für die Schaffung einer städtischen Tagesstruktur wurden auf Basis der Ergebnisse der Elternumfrage an die Hand genommen. Die Elternumfrage wurde aufgrund des überparteilichen Postulats für eine Bedürfnisabklärung von Tagesstrukturen vom 25. Juni 2020, welches am 23. September 2021 mit 23:15 Stimmen bei einer Enthaltung erheblich erklärt wurde, durchgeführt. Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 3. April 2023 die Ergebnisse im Rahmen eines Gesprächsthemas diskutiert und einen entsprechenden Auftrag an die Direktion Bildung und Sport erteilt.

*7. Trifft es zu, dass die privaten Anbieter von der Bildungsdirektion um Informationen zu ihrer Geschäftstätigkeit und zu deren Ausbau angefragt wurden? Falls ja, wurde diese Arbeit entschädigt – und aus welchem Kredit?*

Die Privatanbieter wurden eingeladen, relevante Eckwerte zuhanden der Direktion Bildung und Sport bekanntzugeben. Die Erhebung ermöglicht(e) es der Stadt Olten, eine realistische

Strategie Tagesstruktur 2024-2030 zu entwickeln, welche die Privatanbieter einbindet. Dieses Vorgehen wird/wurde auch in anderen Städten angewandt und geschieht nicht zuletzt im Sinne der Privatanbieter. Dadurch kann einerseits Transparenz geschaffen werden, sowohl für das Parlament der Stadt Olten wie auch für die Anbieter. Andererseits kann die Stadt Olten auf die Situation der Privatanbieter Rücksicht nehmen und diese in die Strategie Tagesstruktur 2024-2030 einbinden. Die Teilnahme der Erhebung ist freiwillig und wurde im Austausch mit den Anbietern so besprochen. Sie wird nicht entschädigt.

*8. Wie beurteilt der Stadtrat allfällige Bedenken der privaten Anbieter betreffend Investitionsschutz, wenn die öffentliche Hand ihnen dieses Geschäftsfeld streitig macht?*

Der Aufbau der städtischen Angebote soll im engen Austausch mit den Privatanbietern erfolgen. Damit soll sichergestellt werden, dass die getätigten Investitionen der privaten Anbieter bestmöglich geschützt werden können, indem der Ausbau der Betreuungsplätze entlang des Bedarfs geplant und umgesetzt wird. Es bleibt offen, ob im Rahmen dieser Zusammenarbeit mit privaten Anbietern in Zukunft auch eine Übernahme eines bestehenden Angebotes durch die Stadt Olten diskutiert werden könnte.

Zudem ist festzuhalten, dass die Stadt Olten nicht plant, eigene Angebote im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung (Vorschulalter) aufzubauen. Auch in diesem Bereich wird ein Ausbau in den nächsten Jahren notwendig sein und entsprechend könnten die schulergänzenden Angebote der Privatanbieter auch in familienergänzende Angebote umgewandelt werden.

\* \* \*

Der Stadtrat erlaubt sich, die folgenden Fragen zu beantworten, obwohl die erste Frage mit «Ja» beantwortet wurde:

*9. In welchem Gesprächsformat steht der Stadtrat mit den privaten Anbietern von schulergänzender Kinderbetreuung im Austausch?*

Die Direktion Bildung und Sport steht grundsätzlich in regelmässigen Kontakt mit allen Anbietern. Einerseits im Zusammenhang mit den Betreuungsgutscheinen, andererseits im Rahmen von regelmässig stattfindenden Runden Tischen, welche nach Ausfällen während der Corona-Pandemie im Jahr 2023 wiederaufgenommen wurden. Im Zeitraum Mai bis August 2023 wurde der Austausch zudem mit den Anbietern von schulergänzender Kinderbetreuung intensiviert.

*10. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass das Angebot an Hortplätzen in der Stadt Olten inskünftig der Nachfrage entspricht?*

Mit Hilfe der Strategie 2024-2030 soll das Angebot dem Bedarf entsprechend ausgebaut werden. Gleichzeitig soll auf Grundlage des Volksauftrags vom Juni 2023 der Bedarf an schulergänzenden Betreuungsplätzen in regelmässigen Abständen bei den Eltern erhoben werden.

*11. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Olten über die Verfügbarkeit von schulergänzender Kinderbetreuung in den verschiedenen Quartieren informiert werden?*

Die Schule Olten verfügt über eine moderne Webseite, auf welcher bereits heute die verschiedenen Angebote an schulergänzender Kinderbetreuung zu finden sind. Zusätzlich ist denkbar, dass zukünftig die Eltern über die weiteren Kanäle der Schule über die entsprechenden Angebote informiert werden.

- - - -

**Manfred Schoger, Interpellant:** Ich spreche hier als Unterzeichner der Interpellation. Je nachdem, wie diese Debatte nachher weitergeht, behalte ich mir vor, später vielleicht noch das eine oder andere Wort als Papi zu verlieren. Vorab möchte ich noch etwas festhalten: Ich glaube das Bedürfnis, dass man zu diesem Thema etwas machen muss, ist unbestritten. Und

dieses Thema liegt uns allen hier im Saal auch sehr stark am Herzen. Und wir alle haben eigentlich das gleiche Ziel, nämlich, dass es gut und rasch umgesetzt wird. Und danken wir dem Stadtrat für diese rasche und ausführliche Antwort, was unsere Interpellation anbelangt. Wir sind mit den Antworten aber nur teilweise befriedigt. Zuerst kann ich sagen, dass wir einige Widersprüche gefunden haben, auf welche wir hier aufmerksam machen möchten. Wenn ich das Beispiel der Kosten anschauen will, wird beispielsweise in der Frage 3 hervorgehoben, dass sich die Standards der städtischen Betreuung an den Privaten orientieren sollen, dass man eine gleiche Flexibilität hat und sich an den marktwirtschaftlichen Überlegungen orientieren würde, sodass man ein ähnliches Angebot hat, wie bei den Privat-anbietern. Bei der Frage 5 sagt man nachher zusätzlich, dass die Tagesstruktur grundsätzlich vollständig durch Elternbeiträge zu finanzieren ist, sodass man für die Stadt und für die Privaten die gleichen Voraussetzungen hat. Was man in dieser Frage 5 aber auch sagt, ist, dass die strategische Führung der Angebote durch die Koordination des KJFF (Kinder-, Jugend- und Familienförderung) gemacht werden muss, welche jetzt eine befristete Stelle von 40% ist. Und dass es eine Beantragung einer unbefristeten Stelle aufs nächste Budget gibt. Was wir hier sehen, ist eigentlich ein Risiko, dass es eine gewisse Quersubventionierung geben könnte. Denn es ist ja so, dass die Privaten, welche ein solches Angebot erbringen, es über die Elternbeiträge zahlen müssen. Und zusätzlich, wenn man nachher sagt, dass man da eigentlich alles durch Elternbeiträge finanzieren will, möchten wir dem Stadtrat eigentlich auch nahelegen, dass er den eigenen Aufwand auch miteinrechnen muss und der Aufwand der Direktion, was die ganzen Abklärungen anbelangt, wenn irgendwie auch ein Elternbeitrag reinkommen müsste. Das zweite Beispiel, bei welchem wir einen Widerspruch gesehen haben, bezieht sich auf das Thema Kooperation und Verdrängungskampf. Es wird in der Frage 1 und 2 mehrfach darauf hingewiesen, dass man sehr stark mit den Privatanbietenden kooperieren will und dass es keinen Verdrängungskampf geben darf. Aber gleichzeitig skizziert der Stadtrat auch langfristige Perspektiven. So spricht er von einem sukzessiven Aufbau der städtischen Angebote und in Frage 8 spricht er sogar von einer möglichen Übernahme des bestehenden privaten Angebotes und einer Umwandlung der bestehenden schulergänzenden Angebote in familienergänzende Angebote, also in Kitas, wenn ich es richtig verstehe. Ich oder wir haben gewisse Zweifel, ob alle, die in diesem Austausch an diesen Sitzungen beteiligt sind, unter einer guten Zusammenarbeit das gleiche verstehen. Und insbesondere ist es nach unserem Wissensstand, so, dass gewisse Austauschsitzen, die es gegeben hat und in Frage 2 erwähnt wurden, erst auf sehr starkes Drängen der privaten Anbieter einberufen wurden, damit es diesen Austausch überhaupt gab. Ihr dürft mich danach gerne korrigieren, sollte das anders sein. Weiter gibt es noch ein paar weitere Punkte, auf welche ich eingehen möchte. Ich bin mir aber sicher, dass im Rahmen der anschliessenden Debatte noch mehr Punkte zur Sprache gebracht werden. Ich möchte noch einmal betonen: Wir sind wirklich froh, dass es nach so langer Zeit endlich vorwärtsgeht. Die Umfrage der FHNW hat für mich eine gefühlte Ewigkeit gedauert, bis sie verteilt wurde und danach noch einmal eine gefühlte Ewigkeit, bis sie ausgewertet war und die Ergebnisse publiziert wurden. Und sie zeigt eigentlich klar auf, dass es einen grossen Bedarf an schulergänzender Betreuung gibt. So ist es dann auch in der Zusammenfassung festgehalten: Es ist eine schulergänzende Betreuung gewünscht in der Nähe der bestehenden Schulen. Und von einem städtisch betriebenen, schulergänzenden Betreuungsangebot wird hier noch nichts erwähnt. In der darauf erfolgten Medienmitteilung, welche erwähnt wurde, spricht man dann vom städtischen Pilotbetrieb. Wir sehen jedoch nicht zweifelsohne, wie man das interpretieren könnte. Auf der einen Seite kann man sagen, die Stadt möchte ein Betreuungsangebot durchführen, auf der anderen Seite, so wie ich und viele andere es auch verstanden haben, kann man aber auch herauslesen, dass die Stadt dieses Thema nun angehen will, dass sie ein Projekt macht, das ganze aufgleisen will und danach in der Planung effektiv anschaut, wer das Ganze dann betreiben soll. Der Volksauftrag, auf welchen man sich mehrfach auch bezieht, verlangt schlussendlich nur, dass die Stadt das Ganze plant und organisiert. Ob die schulbegleitete Kinderbetreuung dann durch die Stadt selbst ausgeführt werden soll, ist ein anderes Thema. Gerade, wenn ein so grosser Systemwechsel gibt, wie er jetzt angedacht ist, sind wir eigentlich der Meinung, dass der Stadtrat hier viel klarer und viel vorausschauender und viel proaktiver kommunizieren muss. Es sind Stimmen auf uns zugekommen, die gesagt haben, dass dieser Wechsel nicht klar übergekommen ist. Dass es eher als Randnotiz kommuniziert wurde und in diesen Austausch-

sitzungen nicht als Hauptthema, sondern eher gegen Ende der Sitzungen, sodass es nicht mehr unbedingt als das grosse Thema wahrgenommen wurde. Betreffend die Aussage in der Frage 2, die besagt, dass die privaten Anbieter das Betreuungsangebot im Kleinholz Stand heute nicht abdecken können, haben wir auch einen anderen Wissenstand. Uns hat man gesagt, dass es eigentlich sportlich ist – sehr sportlich – aber möglich, wenn man Stand jetzt, ab heute, im Kleinholz etwas aufbauen müsste. Und daher stellt sich bei uns auch die Frage: Wäre es nicht sinnvoller gewesen, wenn man das Ganze geplant hätte? Wenn man ein Betreuungsangebot eventuell öffentlich ausgeschrieben hätte, um zu schauen, was reinkommt? Und erst, wenn man das Ganze evaluiert, kann man danach eine entsprechende Schlussfolgerung ziehen. Und wenn man sieht, dass gar keine Rückmeldung kommt, dann kann die Stadt sagen: Ja, es ist nichts reingekommen, wir machen es jetzt selber. Es ist jetzt vielleicht ein bisschen weit hergeholt, aber ich erinnere mich, dass es bei der Kirchgasse 8 auch so war. Dort gab es zuerst eine Ausschreibung für die Entwicklung dieses Gebäudes, und als keine Rückmeldungen eingegangen waren, ging eine Medienmitteilung raus, dass man es selber probieren will. Wenn man dieses Vorgehen so wählen würde, hätte das aus unserer Sicht noch einen anderen Vorteil. Die Direktion Bildung und Sport hat unserer Meinung nach andere Baustellen – personelle Baustellen – innerhalb der Direktion, welche mit Priorität zu behandeln sind. Und wenn man nun noch eine neue Baustelle aufmacht, fragen wir uns, ob man sich da vielleicht nicht ein bisschen übernehmen könnte. Ein letzter Punkt: Der Bedarf an schulergänzenden Betreuungsplätzen soll erst ab jetzt erhoben werden. Auch dies steht so in der Beantwortung der Interpellation. Dabei ist es unserer Ansicht nach eigentlich eine klare Aufgabe der Stadt, dass sie das immer wieder abholen sollte. Dass sie hier mit den privaten Anbietern in einem regen Kontakt ist und diesen dann die Daten, die sie hat, entsprechend zur Verfügung stellt, damit diese eine langfristige Planung machen können. Wir bedauern, dass es erst ab jetzt gemacht wird, sind aber froh, dass es endlich gemacht wird. Es gibt vielleicht noch ein kleines Beispiel, das ich aus eigener Erfahrung einbringen möchte. Was wir wissen, ist, dass wir unsere Stundenpläne selber dem Hort abgeben müssen, damit dieser seine Kapazitäten entsprechend planen kann. Ein einfaches Beispiel. Wieso kann man das nicht direkt zwischen Hort und Stadt machen? Das darf vielleicht als kleine Anregung angeschaut werden. Was wir aber meinen und denken, ist folgendes: Es ist nicht verwunderlich, dass wir in der Situation sind, wo wir uns aktuell befinden, was die Kapazitäten dieser privaten Anbieter betrifft, weil sie ja gar keine Basis, oder genügende Basis haben, auf welcher sie eine langfristige Planung hätten machen können. Ich danke dem Stadtrat noch einmal für diese ausführliche Antwort, welche über mehrere Seiten dargelegt wurde. Ich danke auch noch einmal, dass er alle Fragen beantwortet hat, obwohl man auch eine Ja- oder Nein-Option gehabt hätte. Das wär's. Merci.

**Stadtrat Nils Loeffel:** Vielen Dank für diese Ausführungen, Manfred. Merci nochmals für die Interpellation. Ich habe es gestern schon gesagt, mir fällt kein Zacken aus der Krone, dass wir bereits heute über dieses Thema diskutieren. Ich finde es ein wichtiges Thema und entsprechend bin ich auch gespannt, in welche Richtung die Diskussion heute geht und ob wir völlig falsch unterwegs waren, wie es nun im ersten Moment von deiner Seite getönt hat, oder ob nicht doch auch Stimmen gibt, die der Meinung sind, dass unsere Stossrichtung die richtige ist. Auf die einzelnen Fragen, die in der Interpellation gestellt wurden, gehe ich zu Beginn noch nicht. Ich denke, es werden während der Diskussionen noch Fragen aufkommen. Ich möchte aber trotzdem noch zwei, drei Sachen vorausschicken. Das wir bei diesem Thema machen, oder, was bei diesem Thema ansteht, sind für die Stadt Olten wegweisende Entscheide. Das ist meine Überzeugung und meine Haltung und ich weiss, dass es schlussendlich auch die Haltung des Stadtrates ist. Ja, es ist ein Paradigmenwechsel, den wir machen. Diesen Paradigmenwechsel machen wir aus Gründen, die du, Manfred, auch genannt oder darauf hingewiesen hast. Ein Paradigmenwechsel machen wir, weil die Kooperation zwischen Stadt und privaten Anbietern nicht immer funktioniert hat. Das hat weniger an den privaten Anbietern gelegen als an der Stadtverwaltung. Das ist festzuhalten. Man hat von Seiten der Stadt lange die Haltung vertreten, dass man als Stadt Olten keine aktive Rolle übernehmen muss, was dieses Thema anbelangt. Ihr wisst, dass dieses Thema schon lagen auf dem Tisch liegt. Ihr hattet gestern entschieden, dass eine Motion von vor +/- 15 Jahren von Trudy Küttel nicht abgeschrieben werden soll. Ich denke, dieses Thema kam immer wieder auf und die Stadt hat

in diesem Sinn nie eine aktive Rolle übernommen. Sie hat auch nie eine aktive Rolle übernommen und Daten erhoben. Da gebe ich dir, Manfred, vollkommen recht. Das hat man in den letzten Jahren nicht gemacht. Und es ist tatsächlich das mindeste, das es braucht, damit man in diesem Bereich irgendeine Angebotsplanung machen kann. Womit ich nicht ganz einverstanden bin, ist, dass die Entwicklung der Privaten im schulergänzenden Bereich nur nicht stattgefunden hat, weil sie keine Daten hatten. Ich weiss, das ist überspitzt, wenn ich es so formuliere. Aber es ist ein Stück weit die Aussage, die du gemacht hast: Wenn die privaten Anbieter nur genügend Daten gehabt hätten, hätten sie ihr Angebot entwickelt. Das haben sie in den letzten Jahren nicht. Die Anforderungen an die Betreuungsplätze sind massiv gestiegen und selbstverständlich können private Anbieter nicht im gleichen Rahmen aus dem Nichts Angebote hochfahren, wie es vielleicht eben die öffentliche Hand kann. Und das ist sicher ein Thema, wieso wir überhaupt zum Schluss gekommen sind, dass wir als Stadt Olten dort eine aktivere Rolle übernehmen müssten und dass man die Entwicklung und den Bedarf, welcher immer grösser wird, zusammen mit den privaten Anbietenden auch schneller und besser abdecken können. Entsprechend haben wir es eigentlich auch in der Interpellation ausgeführt. Ich bin überzeugt, dass vor allem die schulergänzende Kinderbetreuung eine Aufgabe ist, welche die Stadt perspektivisch übernehmen muss. Die schulergänzende Kinderbetreuung ist, wie sie es sagt, ein Teil des Schulalltages der Kinder. Wenn wir die schulergänzende Kinderbetreuung selber betreiben, können wir extrem von den Synergien profitieren, welche die beiden Angebote zusammen haben können. Bereits heute beginnen wir vielleicht mit einem modularen Angebot. Es hat aber in diesem Parlament bereits Anfragen und Vorstösse gegeben, die von einer Tagesschule gesprochen haben. Das sind alles Sachen, die wir nur aufbauen und entwickeln können, wenn wir die entsprechenden Strukturen in der Stadtverwaltung haben, oder in der Schule angehängt haben. Wieso der Zeitpunkt jetzt gewählt wurde, um diesen städtischen Betrieb aufzubauen, ist relativ simpel zu erklären. Wir haben die einmalige Möglichkeit, dass beim Neubau des Schulhauses Kleinholz Horträumlichkeiten in der Schulanlage selber gebaut werden. Wir haben bei keiner anderen Schulanlage der Stadt Olten Räumlichkeiten zur Verfügung, wo wir ein Hortangebot aufbauen könnten. Wenn wir jetzt beim Schulhaus Kleinholz eine Ausschreibung gemacht und einen privaten Anbieter reingeholt hätten, hätten wir die Option des Aufbaus eines städtischen Angebots für die nächsten rund 5 bis 10 Jahre verunmöglicht. Das war dann schlussendlich auch der Entscheid, weshalb wir in diesem Bereich nun gerne vorwärts machen möchten. Du hast noch erwähnt, dass bei der Finanzierung Widersprüchlichkeiten in der Beantwortung gibt. Ich möchte noch kurz darauf eingehen. Die überwiegende Mehrheit der Kinderbetreuungsangebote in der Stadt Olten werden von freiwilligen Vereinen zur Verfügung gestellt. Die strategische Arbeit in diesen Vereinen wird von Freiwilligen gemacht, die freiwillig arbeiten und nichts verdienen. Diese Leistung ist keinem Elternbeitrag berechnet, sprich, was die Präsidentin des gemeinnützigen Frauenvereins macht, oder was die Ressortverantwortliche vom gemeinnützigen Frauenverein macht. Und das ist schlussendlich der Grund, wieso ich erwähnt habe, weshalb wir diese Koordinationsstelle ins Parlament bringen werden, die hier im Haus für diese Themen zuständig ist: Erhebung der Daten, Strategische Planung vom Auf- und Ausbau der Angebote. Im Budget selber wird aber alles inbegriffen sein, das die Betreuung dieser Kinder betrifft. Die Kita- oder Hortleitung wird inbegriffen sein und ein 20%-Pensum in der Administration wird ebenfalls in den Elternbeiträgen berechnet sein. Wie auch ausgeführt, ist dies aber etwas, das ihr in der Parlamentssitzung vom November werdet vorgelegt bekommen. Was der Verdrängungskampf anbelangt, ist es mir mehr darum gegangen, nicht von einem Verdrängungskampf zu sprechen. Das tönt sehr nach gegeneinander arbeiten. Ich glaube, das Ziel muss sein, und das haben wir in der Beantwortung auch ausgeführt, dass die Stadt Olten perspektivisch die schulergänzende Schulbetreuung übernimmt und die privaten Anbieter sich auf den familienergänzenden Kinderbetreuungsbereich fokussieren. In wie fern die Angebote heute schulergänzend, später vielleicht familienergänzend sind, oder, ob wir Angebote übernehmen, oder was auch immer, ich denke, das ist Teil von dieser Strategie und Zusammenarbeit, die wir mit diesen privaten Anbietern gehen müssen. Sicher ist aber auch, dass wir als Stadt unter keinen Umständen innerhalb kürzester Zeit eine Vollabdeckung dieses Betreuungsangebots gewährleisten können und entsprechend sind wir perspektivisch mindestens zehn Jahre, tendenziell noch länger, auch darauf angewiesen, dass private Anbieter weiterhin auf dem Platz Olten sind. Darum ist es auch eminent wichtig, dass wir mit einem

städtischen Angebot nicht ein Angebot schaffen, das preislich oder so den privaten Anbietern jegliche Existenzmöglichkeit wegnimmt, sondern dass wir uns dort an den Marktpreisen orientieren und entsprechend auch ein «normaler» Konkurrenzkampf herrschen kann, wer seine Kinder wo anmelden will. Die Kooperation mit den Anbietenden, das gebe ich gerne zu, ist sicher nicht so gelaufen, wie wir es uns im ersten Moment vorgestellt haben. An dieser Sitzung vom 16. Mai hat es andere Themen gegeben, die wir bearbeitet haben und dabei ist dieses Thema sicher zu kurz gekommen. Es so, dass sich die Anbietenden noch einmal bei uns gemeldet haben und wir sehr rasch eine Sitzung vereinbaren konnten. Ich bin eigentlich auch der festen Überzeugung, dass wir dann in dieser Sitzung einen grossen Schritt machen konnten, Vertrauen zu schaffen, dass wir nicht gegeneinander kämpfen, sondern miteinander unterwegs sind. Schlussendlich haben wir von Seiten der Stadt Olten, wie auch die privaten Anbietenden ein einziges Ziel. Und das ist, dass allen Kindern und Eltern, die Bedarf an einem Betreuungsplatz haben, irgendwann auch einen Betreuungsplatz zur Verfügung gestellt werden kann. Und ich bin überzeugt, dass weder die Privaten noch – Stand heute – die Stadt es zu 100% selber machen könnte. Vielleicht auch noch kurz zur Frage 2. Hier hast du gesagt, dass es nicht stimmt, dass die Anbietenden das Kleinholz nicht zur Verfügung stellen können. Ich möchte die Frage noch einmal rasch vorlesen. Hier steht, ob die privaten Anbieter der in der Elternumfrage erhobene Bedarf zu Verfügung stellen können. Es steht nicht, ob sie das Angebot im Schulhaus Kleinholz zur Verfügung stellen können. Das Angebot im Schulhaus Kleinholz könnten sie selbstverständlich zur Verfügung stellen. Aber die privaten Anbieter können Stand heute nicht den Bedarf abdecken und dieser ist auch nicht abgedeckt, wenn wir 40 Betreuungsplätze im Schulhaus Kleinholz schaffen. Aber das können sie im Moment nicht. Und diesbezüglich haben wir die Frage beantwortet. Selbstverständlich hätte ein privater Anbieter das Angebot im Schulhaus Kleinholz führen können. Ich möchte einfach auch dazu sagen, hätten wir für dieses Angebot eine Ausschreibung gemacht, hätte das dann nicht geheissen, dass einer der Anbieter, der heute auf dem Platz Olten aktiv ist, dieses Angebot auch wirklich geführt hätte. Es hätte gut sein können, dass ein grosser Player, der aus der Region Basel oder Region Zürich kommt, sich das Angebot unter den Nagel gerissen hätte. Und dann wäre es, und das haben wir eigentlich auch mit den Anbietenden mal so diskutiert, für sie genau die gleiche Situation gewesen, nämlich ein neuer Player auf dem Markt, der 40 Betreuungsplätze anbieten kann. Und ich weiss nicht, was heute wirklich der Kern der Diskussion ist. Ich glaube, es geht heute wirklich darum, zu diskutieren, ob es aus der Perspektive des Parlaments ein richtiger Weg ist, wenn man sagt, dass die Stadt Olten eine aktive Rolle übernehmen soll im Bereich der schulergänzenden Kinderbetreuung oder, ob es das nicht ist. Über die effektive Umsetzung des Angebots werden wir sicher im November noch ausführlich diskutieren können.

**Salome Kisker, Fraktion OJ:** Wir von Olten jetzt! unterstützen es sehr, dass die Stadt und der Stadtrat endlich einen Pilot starten. Und wir finden es sehr sinnvoll, dass die Stadt die Angebote so organisiert, dass es für die Schüler am besten ist. Wir sehen es auch so, dass es im Moment mehr als genug Bedarf hat und dass ein städtisches Angebot das Angebot der Privaten im Moment sicherlich nicht gefährdet. Wir finden es auch sehr schön, dass der Stadtrat transparent und reflektiert ist und auch Eingeständnisse macht, was bisher leider verpasst wurde und nun entsprechend die richtigen Massnahmen einleitet. Es muss uns auch bewusst sein, dass jetzt endlich etwas ins Rollen kommt und dass endlich etwas gemacht wird, um diese schulergänzende Betreuung auszubauen. Diesbezüglich hinken wir in der Stadt Olten wirklich hinterher, wenn man es schweizweit vergleicht. Vielleicht noch eine Frage an Manfred: Ich habe nicht ganz verstanden: Vertritt deine Interpellation mehr das Interesse der privaten Anbieter oder geht es dir wirklich um die Kinderbetreuung?

**Manfred Schoger (GLP):** Danke für die Frage. Mir geht es in erster Linie darum, dass man das eigentlich hätte ausschreiben sollen und dass man zuerst mit den Privaten eine Lösung hätte suchen sollen, um diese nicht vor den Kopf zu stossen.

**Manuela Höfler, Fraktion GO/JGO:** Auch wir danken dem Stadtrat für die rasche und sehr umfassende Beantwortung dieser dringlichen Interpellation. Wir haben gestern dieser Dringlichkeit ebenfalls zugestimmt, weil wir es wichtig finden und wie wir aus der Interpellation

auch herausgelesen haben, dass es den Interpellanten sehr wichtig ist, dass zum einen die Zusammenarbeit mit den Privaten und der Stadt gut funktioniert. Aber die grundlegende Frage ist wahrscheinlich wirklich, ob wir diesen Richtungswechsel machen wollen, dass die Stadt die aktive Rolle einnimmt, wie es Nils auch gesagt hat. Es ist sicher gut, dass wir es jetzt schon machen und nicht erst in der Budgetdebatte im November, wenn man genug anders zu debattieren hat. Nicht ganz verstanden haben wir bis jetzt, bis zu deinem Votum, Manfred, was eure Dringlichkeit war. Für uns war es irgendwie klar, dass die Stadt das selber machen will. Aber so ist es mega interessant, wie jeder das Gleiche anders interpretiert. Wahrscheinlich auch ein bisschen aus dem Wunschgedanken heraus, welchen Weg man selber sieht. Da gibt es immer zwei Interpretationen, manchmal auch vom gleichen Text. Inhaltlich sind wir sehr erfreut, aus den Antworten des Stadtrates auch zu erfahren, dass er im November eine Strategie bis 2030 vorlegen wird. Wir denken dies ist ein wichtiger Schritt, um mit diesem Thema endlich konkret vorwärtszumachen. Und persönlich freut es mich eben auch, auch wenn das alles nun sehr lang gedauert hat – da gebe ich dir Recht, Manfred, mit dieser Elternumfrage –, dass wir damals ein bisschen aus einer Verzweiflungsthat heraus, als man in der Bildungsdirektion (da war ich noch nicht im Parlament) mit verschiedenen Eltern siebenmal ein Mail geschrieben hat mit Verbesserungsoptionen und irgendeinmal hat es geheissen, wir gehen über den politischen Weg und so sind wir zu dieser Elternumfrage gekommen. So geht es nicht nur um zehn Eltern, sondern, ist es in der ganzen Stadt ein Bedürfnis. Es freut mich nun schon ein bisschen, dass dies nun eine gute Grundlage ist, dass wir nun diesen Schritt wagen, gemeinsam dieses Angebot auszubauen. Denn eines ist ja wirklich klar: Es braucht ein Ausbau dieses Angebotes und bis jetzt haben es die Privaten - zumindest auf der rechten Stadtseiten, wo ich es ein bisschen besser kenne -, trotz diesen Wartelisten nicht gemacht. Das muss man schon auch sehen. Das ist schon seit Jahren eine Pendenz und es ist nicht so, dass hier extrem viel gegangen wäre. Die Stadt hat es gewusst, die Privaten haben es gewusst. Und mir ist klar, das sind Vereine, und die müssen mit dem, was sie stemmen können, ganz vorsichtig arbeiten, aber es ist einfach nichts vorwärtsgegangen. Von dem her sehen wir diese 40%-Stelle. Ich finde, du hast es gut erklärt, Nils. Diese Koordination ist extrem wichtig. Man muss ja dieses Angebot einerseits qualitativ auf einem genügenden Level halten und nachher eben auch weiter vorantreiben und es koordinieren und das kann man nicht nur in der Freiwilligenarbeit abtun. Wir wollen es auf einem professionellen Level haben und das wollen wir als Stadt auch entgelten können. Ich glaube, das muss es uns auch Wert sein. Wenn wir bei anderen Gemeinden und Städten schauen, dann gibt es auch einen solchen Mix zwischen privaten Anbietern und öffentlicher Hand. Also, hier sind wir eigentlich ziemlich guten Mutes, dass es jetzt, auch wenn es zu Beginn ein bisschen holperig war (Manfred du hast hier vielleicht auch andere Informationen, Ich kenne die Personen nicht persönlich), man jetzt erkannt hat, dass diese Zusammenarbeit miteinander eng gestalten sein muss. Und wir sind jetzt eigentlich ziemlich froh, dass wir nun diese Betreuungsplätze, die man sonst kurz- und mittelfristig gar nicht alleine decken kann, weder die Stadt, noch die anderen, noch die Privaten, jetzt gemeinsam ausbauen wollen. Und in diesem Sinn freuen wir uns ziemlich auf den November. Auch wenn es für meine Kinder sicher nicht mehr reichen wird, dass sie noch in den Genuss dieser schulergänzenden Strukturen kommen, so sind wir hoffnungsvoll, dass es in der Zukunft für die nächsten Familien besser wird.

**Claudia Schmid, Fraktion SP/JSP:** Wie es Nils gesagt und auch geschrieben hat, wurden alle privaten Anbieter informiert und auch miteinbezogen, wenn vielleicht auch etwas unglücklich, wie wir nun gehört haben. Aber es wurde gemacht. Und wir und sie wissen, dass wir in den nächsten Jahren auf sie nicht verzichten können und dass sie weiterhin einen wichtigen Stellenwert in der Stadt Olten haben werden. Auch auf die Finanzierung und Preise und wie da ganze entstanden ist, wie es überhaupt so weit gekommen ist, was man überhaupt machen wollte, darauf wurde nun bereits eingegangen. Ich werde daher nicht weiter darauf eingehen. Wir finden, dass es jetzt eine riesige Chance gibt, in einem neuen Schulhaus, wo die Räumlichkeiten für einen Hort bereits mitgebaut werden, gerade selber als Pilotprojekt ein eigenes Angebot zu schaffen. Das ist super und bietet sich geradezu an. Man kann nämlich dann auch einmal zusammenarbeiten, wenn es um Projektwochen geht, oder die Räumlichkeiten auch einmal anders zu nutzen und dies alles sehr unkompliziert. Und daher begrüßen wir den Paradigmenwechsel sehr. Die Stadt kann vorausplanen und hat diese Daten, um in

der Zukunft langfristig genügend Plätze zur Verfügung zu stellen. Und der Bedarf an Angeboten ist ja ungebrochen da, wie wir wissen. Ich möchte noch ein paar Sachen vorausschicken, auch wenn die grosse Diskussion dann sicher an der Budgetdebatte kommen wird. Ein Hort, der direkt in der Schule ist, hat nicht nur den Vorteil, dass es für die Kinder einfach zu erreichen ist, nein, wenn ein Team eines Horts direkt im Schulteam integriert ist, kann sichergestellt werden, dass Hort und Schule miteinander kommunizieren oder auch kommunizieren müssen, weil man nämlich festgelegte Austauschgefässe oder –gremien gebildet hat. Es macht alles einfacher, man kennt sich und man ist ein grosses Team. Und es ist so: Ist eine Organisation privat und extern, muss genau an dieser Zusammenarbeit aktiv von beiden Seiten gearbeitet werden und ist immer sehr fest personenabhängig. Und Nils hat es zuvor gesagt, in der Vergangenheit hat dies nicht immer funktioniert. Und ich kenne dies auch von anderen Gemeinden. Sind diese Austauschgefässe nicht implementiert und regelmässig, geht es im ganzen Tumult des Alltages schnell mal unter, und es gibt dann einfach keine Kommunikation mehr. Darum noch einmal: Wir haben diesem Vorgehen nichts entgegensetzen und sind diesem Plan gegenüber, ein stadt eigenes Angebot in den Schulen zu schaffen, sehr positiv gestimmt.

**Simone Sager-Roth, Fraktion FDP:** Als Mitunterzeichnerin dieser dringlichen Interpellation muss ich nichts ergänzen. Ich stehe voll und ganz hinter dem, was Manfred gesagt hat. Ich glaube, die Diskussion, die wir hier führen, hat nichts damit zu tun, ob es das Angebot braucht oder nicht, ob der Standort richtig ist oder nicht. Das müssen wir nicht thematisieren. Schulergänzende Massnahmen braucht es. Die Frage, die sich stellt, ist: Wer soll die schulergänzenden Massnahmen leisten oder zur Verfügung stellen bzw. anbieten. Sollen dies Private? Sollen dies Vereine? Sollen das Firmen? Oder soll dies die Stadt Olten selber? Wir sind klar der Meinung, dass zum jetzigen Zeitpunkt ein falscher Weg aufgegleist wurde, indem man sagt, die Stadt will das selber machen. Denn bei der Betreuung der Kinder, welche das A und O ist, spielt es aus meiner Sicht keine Rolle, ob es ein Privater oder die Stadt Olten ist. Es spielt eine Rolle bei der Person oder den Personen, welche in dieser Kinderbetreuung, bzw. Hortbetreuung, tätig sind. Der Informationsaustausch zwischen Hort und Schule kann funktionieren, wenn man den gleichen Arbeitgeber hat. Es kann aber auch nicht funktionieren, wenn man den gleichen Arbeitgeber hat. Es ist dasselbe mit den Privaten. Wir sind der Meinung, dass der Zeitpunkt, währenddessen die Stadt Olten es gerne selber aufbauen möchte, nicht gut ist. Bevor heute die Nachricht mit der personellen Veränderung in der Abteilung kam, welche hier die Zuständigkeit haben wird, waren wir vorgängig schon klar der Meinung, dass dies im Moment für diese Abteilung nicht der richtige Zeitpunkt ist. Diese Aufwände, diese Zeit, diese Abklärungen usw. auch noch zu leisten, nebst dem Alltäglichen, welches dort auch noch zu tun gibt. Mit anderen Worten: Man hatte schon vorher eine hohe Personalfuktuation, man hatte viele Krankschreibungen, es gibt X Pendenzen und nun will man sich noch einmal ein Rucksäckli anziehen und etwas Neues aufbauen, wobei es eventuell jemanden gäbe, der es machte. Mir persönlich spielt es keine Rolle, ist es jemand von Olten, ist es ein Grosser von Zürich oder, gibt es einen neuen Verein? Nein, es geht mir eigentlich darum, dass am 1. August, wenn das Schulhaus nächstes Jahr bezogen werden soll, etwas steht, etwas Handfestes steht, bei dem ich im Moment nicht sehe, wann dies die Stadt machen will. Das hat nichts mit den Fähigkeiten der Leute, die in dieser Abteilung arbeiten, zu tun, sondern viel mehr mit dem Arbeitspensum, das im Moment liegenbleibt und was im Moment noch erledigt werden muss an brennenden Sachen, die auch noch gemacht werden sollten. Und nun noch das, nämlich beim Schulhaus den Hort selber zu betreiben. Ich könnte es verstehen, wenn man von diesen Sitzungen wüsste, dass alle sagen, wir lassen die Hände davon, wir machen es nicht. Dann würde ich diesen Schritt verstehen. Aber man hat nicht einmal versucht, die bestehenden Institutionen der Stadt an den Tisch zu holen und zu sagen, so, wir haben dort oben dieses Schulhaus, wir haben dort oben den Hort. Wie sieht es aus? Habt ihr Interesse? Wenn ja, wie wollt ihr es machen? Dann geht es auch um die Kosten, das ist klar usw. Das hat man von Anfang an aussen vorgelassen. Man hat die Hortbetreiber an den Tisch geholt, um für den Ort dort oben Informationen einzuholen. Was wäre wohl gut betreffend WCs? Was wäre wohl gut betreffend Aufteilung? Für den Ausbau hat man Informationen abgeholt. Und das geht mir nicht in den Kopf. Weshalb das Rucksäckli noch mehr füllen, wenn man doch eventuell Leute hätte, die es machen würden? Wenn hier

niemand zu finden ist, ja, dann soll es die Stadt machen. Aber jetzt noch nicht. Macht doch dieses Feld auf. Und wenn es keiner von Olten macht, noch einmal, dann macht es halt jemand anders. Aber das A und O, ist, wie gesagt, die Betreuung der Kinder. Egal, ist der oder die bei der Stadt angestellt oder ist es ein Privater. Dazu kommt das mit den Kosten. Es ist klar, jemand von der FDP muss darauf hinweisen. Es muss es mir niemand erzählen. Nils, du sagst zu Beginn, dass man all die Kosten, die man hat, einrechnet und das sind dann nachher auch die Preise, die dann dort gelten sollen. Später sagst du dann aber, es wären marktübliche Preise. Ja, was ist es nun? Ist es das, was es effektiv kostet, oder ist es das, was andere Kitas oder Horte verlangen, die auf einer anderen Basis arbeiten? Und noch ein kleiner Input: Bei Vorstandmitgliedern in einem Verein ist es normalerweise einfach so, dass meistens sie es sind, die wirklich nichts bekommen. Egal, in welchem Verein man ist. Alle anderen, die etwas machen, sind bezahlt, der Vorstand nicht. Und das ist nun mal einfach so, das schwarze Pferd, das man manchmal hat, wenn man Freiwilligenarbeit macht und dort «ja» sagt und am Schluss nichts bekommt. Aber man macht es ja nicht aus dem Grund etwas zu bekommen, sondern aus Freude an der Arbeit. Und, noch einmal: Es ist egal, in welchem Verein. Darum, noch einmal, auch wir sind der Meinung, es braucht dieses Angebot, aber wir sind der Meinung, es muss nicht per se von der Stadt angeboten werden, nur, weil es heisst, man soll schulergänzende Angebot bieten können. Das ist keine grundsätzliche Aufgabe der Stadt, das können auch andere machen.

**Marc Winistörfer, Fraktion SVP:** Ich nehme Stellung im Namen der SVP, obwohl eigentlich der Fraktionschef diese Aufgabe hätte. Nils, vielen Dank für die ausführlichen Antworten. Ich glaube, in der aktuellen Situation ist es sicher nicht so einfach, innerhalb von so kurzer Zeit eine so detaillierte «Tour d’Horizon» über die Kinderbetreuung in Olten vorzulegen. Bei der Lektüre deiner Antworten sind bei uns, bzw. bei mir, gerade wieder neue Fragen aufgekomen, die du danach vielleicht noch kurz beantworten kannst oder zumindest Stellung dazu nehmen. Der eine Punkt, und das hat zuvor Simone angetönt, und Manfred, glaube ich, auch: Man konnte es in der heutigen Medienmitteilung lesen, welche die Stadt heute publiziert hat. Die Situation in deiner Direktion ist angespannt. Ich glaube, das darf man sagen. Der Leiter ist weg, das ist sicher nicht einfach. Nicht für dich, nicht für deine Mitarbeiter. Das ist auch zu honorieren. Eben, wie gesagt, entsprechend die Arbeit, die ihr hier geleistet habt, ist wirklich gut. Ich frage mich einfach, ist das jetzt wirklich der richtige Moment und habt ihr nicht, wie es auch schon gesagt wurde und wie hier, glaube ich, auch steht, andere Baustellen, als wortwörtlich Baustellen? Die eine, mit dem Schulhaus, ist bald fertig. Aber personelle Baustellen, Aufgaben, die pendent sind bzw. Aufarbeitung, die eigentlich gemacht werden müsste. Vor diesem Hintergrund bezweifeln wir, dass dies die absolut schlaue Entscheidung der Stadt ist, dies selber versuchen durchzuziehen. Wie es die FDP zuvor gesagt hat und der GLP-Sprecher der Mitte-Fraktion ebenfalls angetönt hat, hätten wir es alle eher so gesehen, dass die Privaten, die das Know-how schon haben, möglicherweise mehr einbezogen werden müssten. Das kann sein, das kann ich zu wenig beurteilen. Es gibt Fachleute oder betroffene Eltern, die hier im Saal sitzen, die das besser beurteilen können. Aber aus unserer Sicht wäre hier wirklich die Subsidiarität des Angebots, dass man das stärker wahrte. Und insofern sind wir in diesem Punkt mit Sicherheit anderer Meinung als der Stadtrat und du in euren Antworten. Auch hier stellt sich für uns die Frage: Du hast aufgezeigt, dass ihr einerseits versucht gewisse Synergien zu nutzen, Ressourcen optimal einzusetzen. Das ist sicher lobenswert – vor allem auch aus meiner Sicht, ich, der immer kritisiert –, dass mit den Ressourcen vom Stadtrat nicht nur effizient umgegangen wird. Gleichzeitig, und das müsst ihr auch im Hinterkopf behalten: Wenn ihr Private konkurrenziert, dann müsst ihr aufpassen, dass ihr nicht quersubventioniert, dass ihr eigentlich mit eurem Angebot nicht zur Verdrängung der Privaten beiträgt. Und ich glaube, dort gibt es wirklich ein Spannungsfeld, und aus der Antwort und auch aus deinen Ausführungen habe ich noch nicht herausgehört, wie ihr das lösen möchtet. Im Gegenteil, ich sehe dort eher Probleme, die sich ergeben können, weil es eben Wettbewerbsverzerrungen gibt. Quersubventionierungen, die eigentlich nicht zulässig sind, wenn es ein privates Angebot ist, das dann dadurch möglicherweise verdrängt wird. Bei der Umsetzung sehe ich hier wirklich noch grosse Fragezeichen. Und auch dort wieder, ich frage mich wirklich, ob es jetzt der richtige Zeitpunkt ist, mit diesen Baustellen, die ihr in der Direktion Bildung und Sport habt. Wir haben es in den letzten paar Sitzungen immer wieder gehört: Es hat neue Stellen gegeben,

und es wird auch in Zukunft neue Stellen geben. Man musste auch mit den Nachtragskrediten relativ extern einkaufen. Z.B. Wissensmanagement für CHF 30'000. Man hat andere Ausgaben, die auf die Stadt zugekommen sind. Ich glaube, das ist wieder einmal ein Geschäft, bei dem wirklich die Frage gestellt werden muss: Ist das jetzt erste, zweite oder dritte Priorität? Auch wenn ich persönlich nicht bestreite, dass es diese Kinderbetreuung möglicherweise braucht, habt ihr es abgeklärt und den Bedarf gibt es offenbar. Das ist in Ordnung und von mir unbestritten. Aber wenn es ein Angebot von Privaten gibt, auch wenn es im Moment nicht ausreichend ist, gäbe es doch andere Möglichkeiten, es besser einzubeziehen und dass ihr möglicherweise die Privaten dazu bringen könntet, es auszubauen. Darum eben, eine Frage ist, wie wird sichergestellt, dass das Angebot nicht verdrängt wird? Vielleicht kannst du dazu noch etwas sagen. Das andere ist, ist es wirklich eine öffentliche Aufgabe? Nicht nur im politischen Sinn, sondern, das könnte vielleicht der Rechtskonsulent noch sagen, ist es eine öffentliche Aufgabe der Stadt Olten?

**Stadtrat Nils Loeffel:** Danke für die Fragen und Ausführungen. Ich nehme gerne zum einen oder anderen Stellung, das ich notieren konnte. Sonst müsst ihr mich erinnern, sollte ich eine Frage vergessen. Zur Frage der Ressourcen: Ihr konntet es heute lesen. Der Direktionsleiter der Direktion Bildung und Sport hat die Stadtverwaltung verlassen. Im Moment sind wir daran eine interimistische Lösung aufzugleisen und werden nächste Woche entsprechend kommunizieren. Die Personalsituation war in der Direktion Bildung und Sport in den letzten Jahren nicht einfach, das ist so. Sie war aber nicht nur nicht einfach wegen den Themen, die gedrückt haben, sondern es gibt auch organisatorische und andere Themen, die wir angehen müssen. Ob es jetzt der richtige Zeitpunkt ist? Ich habe es zuvor erläutert. Für mich ist es der richtige Zeitpunkt, weil wir jetzt die Möglichkeit haben, in einem neuerstellten Schulgebäude ein eigenes Angebot aufzubauen. Diese Möglichkeit haben wir für mehrere Jahre nachher nicht mehr. Und es ist auch der richtige Zeitpunkt, und ich bin eigentlich auch der Meinung, dass wir das stemmen können, wenn wir A mit dieser Vorlage, die wir präsentieren, die entsprechenden Ressourcen bekommen. Das sind ja nicht Leute, die jetzt bei uns arbeiten, welche diese Kinder betreuen, sondern es wären Fachpersonen, die angestellt werden müssten und diese Kinder betreuen. Das ist ein operativer Betrieb. Wir führen einen Schulbetrieb mit knapp 1500 Schülerinnen und Schülern, welcher in den letzten Jahren von der Personalsituation nicht betroffen war. Ich glaube, es ist vergleichbar. Der Betrieb ist unter den aktuellen Bedingungen führbar. Selbstverständlich ist er aber auch nur führbar, und das gebe ich ehrlich zu, wenn wir diese KJFF-Stelle in der Parlamentssitzung im November besetzen können. Sonst wird es tatsächlich eine grössere Herausforderung. So viel dazu. Zur Quersubventionierung: Ich habe es in meinem Votum bereits versucht anzudeuten. Das war eines der mir persönlich wichtigsten Anliegen bei der Ausarbeitung dieses Projektes, nämlich, dass wir es schaffen, dass es nirgends den Anschein macht, dass das Angebot auf eine Art quersubventioniert ist. Ich weiss, das ist aus der Stadtverwaltung heraus eine relativ grosse Herausforderung, ist aber nichtsdestotrotz nicht so wahnsinnig schwierig, weil man eine Vollkostenrechnung auch denn erstellen kann, wenn etwas ein städtisches Angebot ist. Das kann man nicht nur machen, wenn es ein privates Angebot ist. Also, wir haben Investitionskosten in dieses Budget eingerechnet, wir liessen eine Marktmiete berechnen für diese Horträumlichkeiten, die wir auch verrechnet hätten, hätten wir es privat vergeben. Wir haben in diesem Sinn alle Kosten, die für diesen Betrieb anfallen und welche auch die anderen Betriebe berechnen, in diese Berechnung reingenommen. Wir sind mit dieser Vollkostenrechnung bei einem Tarif gelandet – ohne, dass wir herumschrauben mussten – der ziemlich genau dort liegt, wo die anderen Anbieterinnen und Anbieter auch sind. Ich denke, dort sind wir richtig unterwegs. Das ist aber bestimmt etwas, das heute ein bisschen schwierig zu diskutieren ist, weil ich euch dieses Budget noch nicht vorlegen konnte bzw. nicht vorlegen kann. Aber grundsätzlich ist es etwas, das ihr sehen werdet. Vielleicht noch zum ganzen Thema, dass es sinnvoller gewesen wäre, dass jemand Privates es macht, oder dass es keinen Unterschied macht bei der Betreuung, ob privat oder städtisch. Ich möchte schon festhalten, dass die Qualität der Angebote der privaten Anbieter in der Stadt sehr gut ist. Daran gibt es nichts auszusetzen. Es sind gute Anbieter, es ist ein gutes Angebot, das ist ein funktionierendes Angebot und das würde auch im Schulhaus Kleinholz tiptopp funktionieren. Wie gesagt, bin ich auch sicher, dass ein privater Anbieter dieses Angebot in Schulhaus Kleinholz

hätte eröffnen können. Sie hätten es aber nur können, weil sie keine Räumlichkeiten hätten bauen müssen, sie keine Häuser hätten kaufen müssen, sondern, weil sie sich in ein bestehendes Angebot hätten einmieten können. Und dort, finde ich, ist es eine grosse Stärke, wenn wir in diesem als Stadt Olten aktiv werden, ist es eine Stärke, dass wir eine andere Möglichkeit haben, in gewissen Situationen Investitionen zu tätigen, als es Private können. Wenn Private den Ausbau machen müssten, der in den nächsten Jahren notwendig ist, um einen Bedarf abdecken zu können, werden es die Privaten nicht aus der eigenen Kasse zahlen können. Und das müssen wir realistisch sehen, denn sonst wäre dieser Ausbau in den letzten Jahren schon passiert. Wenn dieses Geld einfach herumliegen würde und man diese Angebote hochfahren könnte, hätten dies die Privaten bereits gemacht. Und ich glaube, dies ist für mich ein wichtiges Argument, dass es in diesem Bereich sinnvoll ist, dass die Stadt dort aktiv wird. Wir haben Schulraumprojekte, das habe in der Beantwortung geschrieben, die an diversen Orten anstehen. Wir haben die Möglichkeit, in diesen Projekten immer Kinderhort-räumlichkeiten mitzuplanen, mitzudenken und entsprechend dieses Angebot auch auszubauen. Ich glaube, es ist schlussendlich wirklich eine Handlungsfrage. Ich gehe nicht davon aus, dass wir in der heutigen Diskussion eine hundertprozentige Einigung erreichen. Es ist eine Handlungsfrage, ich habe es zu Beginn schon gesagt, ob die Stadt dort aktiv werden und eine aktive Rolle übernehmen soll, oder ob sie den Platz den Privaten übergeben soll. Ich bin einfach überzeugt – und das ist das, was wir ein Stück weit in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren erlebt haben –, dass der bedarfsgerechte Ausbau an Betreuungsplätzen mit Privaten nicht in der gleichen Geschwindigkeit möglich sein wird, wie wenn wir uns dort aktiv beteiligen.

**Muriel Jeisy-Strub, Fraktion Mitte/GLP/EVP:** Ich sage gerne noch etwas für die Fraktion, wenn das so möglich ist und dann sicher noch etwas, das mir persönlich unter den Nägeln brennt. Zuerst möchte ich mich für die ausführlichen Antworten bedanken. Ich denke, es ist ganz wichtig, dass man hier ein bisschen Klarheit schaffen und einbringen konnte. Ich und auch andere aus der Fraktion haben grosse Unsicherheiten und Sorgen, gerade von Vorstandsmitgliedern dieser privaten Anbieter, die erwähnt wurden, festgestellt. Und je mehr wir nachgefragt oder abgeklärt haben, desto mehr Fragezeichen sind aufgetaucht, die nicht darauf hindeuten, dass man nur von einer etwas unglücklichen Kommunikation sprechen kann. Sondern, – und hier bin ich froh um das Eingeständnis –, es wirklich nicht das ist, was man unter einer transparenten Kommunikation, unter guten Lösungen und hoher Akzeptanz versteht und bei dem Frau oder Mann von partnerschaftlich sprechen kann. Nein. Darum muss ich und die ganze Fraktion auch sagen, dass das Vertrauen nicht so gross ist. Und wie von linker Seite es plötzlich heisst, dass wenn die Stadt das selber machen will, kommt alles besser. Eben, es wurde gesagt, dass es gerade auch an der Koordination bei der Stadt gelegen hat, dass es mit der Kommunikation nicht so gut gelaufen ist. Auch diese Elternumfrage ist unserer Meinung nach viel zu spät gekommen. Es wurde nicht richtig priorisiert. Man hat in der budgetlosen Zeit lieber noch Übersetzungen abgewartet, obwohl es Online-Übersetzungen oder andere Möglichkeiten gegeben hätte, um das zu beschleunigen. Man hat festgestellt, dass der Bedarf weit höher sein würde, als die privaten Anbieter decken können. Nach den erst gerade gewonnen Ergebnissen und Erkenntnissen, welche sie nicht hatten, ausser eben eine Warteliste, die sich vielleicht auf verschiedene Anbieter verteilt, hätte man das Gespräch suchen können und fragen: Was kann man partnerschaftlich zusammen verbessern? Was kann man abdecken? Was kann man ausbauen? Denn hier sind wir wiederum gleicher Meinung, wie es Manuela so schön gesagt hat: Es soll für alle Kinder, bei denen Bedarf besteht, ein Angebot vorhanden sein und geschaffen werden. Auch wir sind ganz klar der Meinung, dass die Stadt eine viel aktivere Rolle übernehmen soll. Nur verstehen wir eine aktivere Rolle nicht gerade als Anbieter, sondern eben subsidiär dort, wo es sich die Privaten nicht leisten können in die Presche zu springen. Und wir wollen auch hier noch einmal festhalten, dass Freiwilligenarbeit von uns gesehen von unschätzbarem Wert ist. Ein wirkliches Rückgrat. Ohne diese und die Player, die es in Olten schon lange gibt, hätten wir nämlich gar nichts gehabt. Das muss man einfach auch einmal gesagt haben. Es ist dort ganz viel Erfahrung und Knowhow vorhanden und es steht auch einiges auf dem Spiel. Es war nun wirklich gut zu hören, dass es diese mindestens, wenn man diese Pläne durchziehen will, auch noch zehn Jahre braucht. In diesem Zusammenhang ist es aber auch wichtig zu sagen, dass man da wirklich jetzt noch einmal genau das Gespräch sucht. Denn es sind ja etliche private

Anbieter kurz vor dem Ausbauen und hatten eigentlich die Absicht dazu. Aber durch diese sogenannte unglückliche Kommunikation oder teilweise auch anderen Gründen, haben sie natürlich noch nicht weitergemacht, denn sie haben ganz klar gesagt, dass sie mindestens eine Garantie für acht Jahre benötigten, damit sich diese Investitionen auch lohnen würden. Es braucht hier auch, ich sage mal, eine gute Kommunikation, dass man danach nicht den Scherbenhaufen hat und sie dann vielleicht schon früher aufgeben, weil sie das Gefühl haben, sie werden nicht mehr gebraucht und es hat ja eh keinen Sinn mehr in der Zukunft. Zumal auch in diesem Bereich ein Fachkräftemangel besteht und natürlich auch die Gefahr besteht, dass die Stadt mit mehr Möglichkeiten dann auch höhere Löhne oder andere Arbeitsbedingungen anbieten könnte. Ich denke, wir haben hier wirklich grössere Themen und Baustellen und ich hoffe auch, dass das, was jetzt in der Direktion Bildung abläuft, dann den Steuerzahler nicht noch eine grosse Stange Geld mehr kosten wird.

**Thomas Fürst (FDP):** Dass die Stadt in der Koordination dieser Betreuungsangebote eine gewisse Rolle übernehmen muss, leuchtet mir ein. Ob sie aber selber als Anbieter auftreten muss, darüber gehen die Meinungen offensichtlich auseinander. Und zwar auch entlang der durchaus zu erwartenden parteipolitischen Grenzen. Es gibt die einen, die denken, dass die Stadt die Aufgabe sicher besser erledigen wird und es gibt die anderen, wie auch ich, das gebe ich offen zu, die überzeugt sind, dass langfristig die Privaten es einfach effizienter und besser machen werden. Und auch hier auf die meines Erachtens berechtigte Frage von Salome Kisker: Ja, es geht auch mir um die langfristige Qualität und um das Preis-Leistungs-Verhältnis dieser Angebote. Es geht mir nicht einfach darum, dass es einfach Private anbieten sollen/dürfen. Hier zeigt sich übrigens ein bisschen exemplarisch die für mich einfach nicht nachvollziehbare, ideologische Ablehnung privater Unternehmen. Der Stadtrat hat gesagt, ja, wir hätten es ausschreiben können, aber dann hätte es sich dann vielleicht ein grosser Player unter den Nagel gerissen. Ja, und? Ist die Stadt denn kein grosser Player? Und ja, vielleicht hätten Private von bereits gebauter Infrastruktur profitiert. Aber auch hier: Ja und? Das macht das geplante städtische Angebot eben auch. Und der Stadtrat hat ja selber gesagt: In erster Linie muss man schlussendlich einfach eine marktübliche Miete ansetzen. Und im Übrigen ist auch die stadträtliche Aussage zum angeblich nicht stattfindenden Verdrängungskampf bis zu einem Punkt schon ein bisschen ernüchternd. Wurde doch danach gesagt, dass die Stadt noch mindestens zehn Jahre auf die Privaten angewiesen sein wird. Und was ist nachher? Hat dann die Stadt alles übernommen? Aber, wie auch immer. Was mir bis jetzt fehlt, ist die direkte Stellungnahme der Privaten selber. Und hier gehe ich davon aus, dass wir in den nächsten Wochen hoffentlich doch noch einiges hören werden. Und für mich persönlich wird dies wesentlich entscheidend sein, wie ich mich dann in der Budgetdebatte zu dieser Thematik stelle.

**Timo Probst (JSP):** Ich habe nur eine inhaltliche Frage, welche Nils Loeffel vielleicht beantworten könnte. Auf Seite 4 steht zuoberst: «Die erhobenen Daten zeigen insbesondere, dass die Stadt Olten im Einzugsgebiet der Schulen Bifang und Säli einen hohen Nachholbedarf hat.» Auf der gleichen Seite, ein bisschen weiter unten wird dann ausgeführt, dass dies jedoch nicht priorisiert wird. Es heisst: «Bis spätestens Ende 2025 ist zu definieren, wie der Bedarf an Betreuungsplätzen auf der rechten Aareseite gedeckt werden kann», ohne konkrete Massnahmen. Kann man hier vielleicht noch rasch ausführen, weshalb die rechte Aareseite von Anfang an nicht in den Fokus kommt?

**Stadtrat Nils Loeffel:** Ich kann dazu gerne Stellung nehmen. Es ist ein Stück weit auch in der Antwort zur Frage 4 enthalten. Es gibt kein Schulraumprojekt auf der rechten Aareseite. Das Ergebnis aus der Elternumfrage zeigt, dass Angebote schulstandortnah angeboten werden müssen. Dazu gab es gestern ein Votum im Parlament. Es ist ein Problem der jetzigen Angebote, dass der Weg vom Hort zur Schule unter Umständen extrem weit ist. Das führt zu Herausforderungen im Bereich von: Wer begleitet diese Kinder vom Hort in die Schule oder umgekehrt? Das ist grundsätzlich die Herausforderung, die wir haben. Wir haben in den Schulhäusern Säli und Bifang auch nicht einfach noch Räumlichkeiten, die wir innerhalb von kürzester Zeit für ein Hortangebot ausbauen könnten. Entsprechend braucht dies einfach noch Zeit, bis man dort Klarheit darüber hat, wo diese Angebote stattfinden und wo nicht.

Gleichzeitig haben wir – hier geht es darum, was Muriel zuvor noch erwähnt hat – auf der rechten Aareseite zwei Projekte von privaten Anbietenden, die vergrössern möchten. Da müssen wir auch erst schauen, ob diese zustande kommen oder nicht. Ich möchte da schon festhalten, dass beide Angebote bereits blockiert waren, bevor wir entschieden hatten, dass wir das Angebot im Kleinholz selber machen wollen. Es sind Einsprachen von Anwohnenden, die nicht wollen, dass es dort im Quartier einen Kinderhort gibt und somit die neuen Projekte in Frage gestellt haben. Selbstverständlich ist uns klar, dass wenn jetzt ein Privater ein Angebot ausbaut, er eine Sicherheit braucht, damit wir nicht zwei Jahre später daneben einen Kinderhort für 300 Kinder ausbauen, sondern dass wir es in die Bedarfsplanung einberechnen. Zum Beispiel rechte Aareseite. Zur Freiwilligenarbeit: Vielleicht waren die beiden Voten diesbezüglich gar nicht an mich gerichtet. Ich war der Meinung, dass ich in meinem Eintrittsvotum die Freiwilligenarbeit sehr vehement auch gelobt habe. Ich bin einfach der Meinung, dass die Kinderbetreuung ein dermassen systemrelevantes Angebot ist, bei dem wir als Stadt nicht gut dastehen, wenn wir einfach finden, dass sich Freiwillig in unzähligen unbezahlten Arbeitsstunden darum kümmern und wir uns zurückhalten. Das ist grundsätzlich mein Thema in diesem Bereich. Die ideologische Ablehnung von Privaten: Ich habe gesagt, wir sind der Ansicht, dass die schulergänzende Kinderbetreuung sinnvollerweise so nahe wie möglich bei der Schule liegt. Bei der familienergänzenden Kinderbetreuung müssten es meiner Meinung nach zwingend Private sein, die es anbieten. Dort von einer ideologischen Ablehnung von Privaten zu sprechen, finde ich ein bisschen weit hergeholt. Ich glaube, es geht darum, dass man aushandelt oder diskutiert, wer sinnvollerweise für welches Angebot zuständig ist. Die Schule ist für den Schulbetrieb zuständig. Die schulergänzende Kinderbetreuung soll perspektivisch Teil der Schule, vom Bildungssystem, sein. Und so ist es meiner Meinung nach richtig, dass wir dort auch einen Fuss rein-bekommen. Etwas, das ich noch vergessen hatte zuzusagen: Es ist natürlich auch eine nationale Entwicklung, dass die schulergänzende Kinderbetreuung städtisch oder staatlich organisiert wird. Dies ist in den meisten Städten so, bzw. geht in den meisten Städten die Entwicklung in diese Richtung. Und es ist auch so, dass zum Beispiel im Kanton Solothurn auf kantonaler Ebene ein Vorstoss hängig ist, bei dem es darum geht, dass im Volksschulgesetz das Thema Tagesschulen endlich reglementiert wird. Also, dort ist eine Entwicklung im Gange, dass die Schulen in der Kinderbetreuung einen grösseren Part übernehmen.

**Manuela Höfler (GO/JGO):** Ich wollte zu dir, Thomas, etwas sagen: Du hast gesagt, dass dir in der Kinderbetreuung die Qualität wichtig ist und du glaubst, dass die Privaten dies schlussendlich besser leisten könnte als die öffentliche Hand. Ich glaube einfach, hier sprechen wir von Ideologie und ich persönlich finde, dass dieses Wort «ideologisch» bei uns immer ein bisschen schlechtgemacht wird. Wir gehen alle von grundlegenden Ideen aus, und das ist ja nicht schlecht. Und es ist ja auch gut, dass wir andere grundlegende Ideen in den Diskurs hineinbringen möchten. Hier denke ich, ist folgendes wichtig: Bei der Kinderbetreuung gibt es Qualitätsstandards und an diese müssen sich die Privaten wie die öffentliche Hand, falls diese die Aufgabe übernimmt, halten. Von dem her kann die Qualität hier nicht das Kriterium sein. Das zweite, das ich sagen wollte, ist zuvor bei euch einige Male gefallen: Egal, wie die Situation nun in dieser Direktion ist, sollte man immer grundlegend überlegen, ob wir diese Aufgabe machen wollen oder nicht. Und nicht überlegen, haben wir jetzt die richtigen Leute mit den richtigen Kompetenzen. Denn das würde ja auch kein privates Unternehmen so machen. Man würde ja auch keine Stelle um eine Person herum bauen. Diese Person kann das, also machen wir für diese ein Stelle. Also, wenn man das macht, hat man ziemlich schnell ein ziemliches Liquiditätsproblem. Und auch die öffentliche Hand sollte das nicht machen und macht es nicht, wenn sie es gut macht. Und darum sollte das eigentlich kein Argument sein, ob wir es jetzt machen sollen oder ein anderes Mal. Sondern wir sollen uns grundlegend überlegen, ob wir es als Stadt machen wollen oder nicht. Und das ist in diesem Fall schon die richtige Frage. Und ich finde es auch gut, habt ihr es mit dieser Interpellation hineingebracht, weil euch das sehr wichtig ist. Aber am Schluss finde ich, dass hier die Exekutive, also der Stadtrat, eine Aufgabe hat. Sie mussten es seriös prüfen, sie haben es sich strategisch überlegt und haben eine Entscheidung getroffen. Ob es die Stadt macht oder Private ist mir persönlich egal. Ich finde einfach, wenn der Stadtrat einen guten Plan hat, der funktionieren

kann, dann sollten wir ihm auch ein bisschen vertrauen, dass er die Vorbereitungen dazu seriös gemacht hat.

**Nico Zila (FDP):** Ich möchte der Direktion Bildung und Sport und insbesondere dir, Nils, für die rasche und ausführliche Beantwortung danken. Ich habe bis heute Nachmittag nicht gewusst, welche strube Woche du auf dem Radar hast, sonst hätten wir mit dieser Interpellation vielleicht noch zugewartet. Nein, ich glaube, es war richtig. Die Frage kam auf, weshalb überhaupt diese Dringlichkeit. Ich glaube, es war richtig, dass wir jetzt eine Stunde darüber diskutiert haben. Dass wir die Grundlagen und die Denkweise des Stadtrates und von der Direktion kennen, auch die Grundsatzhaltungen, die in den Direktionen herrschen und ihr etwas mitnehmen könnt, um diese Vorlage zu erarbeiten, die dann im November kommt. Ich glaube, wenn wir die Diskussion von heute erst dann geführt hätten, wäre es A neben den anderen Budgetpositionen nicht in der gleichen Qualität passiert und B hätte es nicht 1:1 in diese Vorlage einfließen können, die im November kommt. Daher dünkt es mich, es hat sich gelohnt. Und ich möchte wirklich positiv anerkennen, was die Qualität und die Ausführlichkeit dieser Antworten betrifft. Salome Kisker hat es eigentlich auf den Punkt gebracht: Für wen stellt ihr diesen Fragekatalog überhaupt? Ich möchte anhand von drei Beispielen versuchen, ein paar Gedanken, die wir in dieser Arbeitsgruppe bzw. unter uns Interpellantinnen und Interpellanten in den letzten paar Tagen ausgetauscht haben, aufzuzeigen. Ein Punkt betrifft die Flexibilität des Angebotes. Und dort ist ganz klar, dass wir die Familien, welche die Kundinnen und Kunden sind, im Fokus haben. Als ich Ende August die Halbzeitbilanz des Stadtrates gelesen hatte, war dort davon die Rede, dass dies ein städtisches Leistungsfeld werden soll. Es war dort aber auch die Rede davon, dass dann dieses Hortangebot an sechs von 13 Schulferienwochen offen sein soll. In der Antwort in dieser Woche auf die Interpellation steht, dass das Angebot an sich gleich ausgestattet sein soll, wie bei den Privaten, was Öffnungszeiten und Einlaufzeiten betrifft. Sicher eine gute Entwicklung, die wir, wie ich denke, sehr gut unterstützen, wenn ich hier Richtung Mitte schaue, auch für die Vorlage dann im November. Ein zweiter Punkt ist der Preis. Dort haben wir ebenfalls die Familien im Blick. Aber auf der anderen Seite natürlich auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Man kann den Wert dieser Bons erhöhen, falls das irgendwann nötig sein sollte. Und ich denke, ganz grundsätzlich ist die Tendenz halt schon da, dass etwas, das die Stadt anbietet, kaum günstiger ist. Bestenfalls, wenn die Kalkulationen stimmen, was schön wäre, in etwa auf diesem Niveau. Wir haben hier ein Beispiel gefunden: In der Stadt Solothurn ist dieser Paradigmenwechsel, welcher der Stadtrat jetzt für Olten anstrebt, bereits umgesetzt. Dort ist es die Einwohnergemeinde, welche das Hortwesen führt. Auch in den Schulhäusern. Genauso, wie ihr es euch überlegt. Und der Preis für Familien ist einiges höher als in Olten. Also, hier ist es sicher wichtig, dass wir auch in der Umsetzung ein Auge darauf behalten. Ein dritter Punkt, der mir durch den Kopf gegangen ist während der Behandlung dieser Thematik, ist halt doch ein bisschen ein prinzipieller, oder vielleicht auch ein ideologischer, Manuela. Mein Herz schlägt fürs Ehrenamt. Ich arbeite seit 25 Jahren in diversen Vorständen. Und im Zweifelsfall bin ich sicher dafür, dass ein Verein etwas macht und nicht die Stadt. Das soll aber nicht das einzige Kriterium sein. Ich denke, man muss fairerweise wirklich sagen, dass die Privaten in den letzten Jahren einiges geleistet haben, was den Ausbau dieser Angebote betrifft. Der Gemeinnützige Frauenverein ist an einem sehr konkreten Projekt dran. Er hat an der Feigelstrasse eine Immobilie erworben. Ihr wisst sicher genauso wie ich, dass das Schöngrundquartier einen einigermaßen rapiden Generationenwechsel durchmacht und dass dort die Schülerzahlen im Bannfeld – und diese Liegenschaft liegt in unmittelbarer Nähe – sehr stark steigen. Die Kinderkrippe Olten wollte/will ebenfalls immer noch ausbauen. Hier gibt es verschiedene Gründe, weshalb dies nicht möglich war. Du, Nils, hast von Investitionssicherheit gesprochen, wenn die Stadt Olten das macht. Man muss natürlich wissen und die FDP-Fraktion ist ja auch nicht unschuldig daran, dass nicht jede beantragte Investition eine Mehrheit findet. Hoffentlich bleibt das in Zukunft auch so. Natürlich kann man einen Mehrjahresplan haben, aber wir haben keine Garantie, dass der politische Willen hier ist, um diese Investitionen auch zu tätigen. Hier ist die Stadt ein Stück weit im gleichen Boot, wie ein Privater, was eine gewisse Unsicherheit auch betrifft. Aber noch einmal merci für die ausführlichen Antworten. Ich bin gespannt auf den November, wenn es hart auf hart geht und es wirklich etwas zu entscheiden gibt.

**Marc Winistörfer (SVP):** Ich wollte nur eine Anschlussfrage stellen, auf eine Antwort, die ich nicht ganz verstanden habe. Nun möchte ich aber doch noch zu ein paar Sachen Stellung nehmen, die gesagt wurden. Es ist nicht eine rein ideologische Frage, ob die Stadt es machen soll, oder eben nicht, bzw. ob es Private machen sollen. Wenn die Stadt Private konkurrenziert im Rahmen eines Angebotes von Dienstleistungen, die halt wirklich marktfähig sind und von Privaten angeboten werden – offensichtlich, weil es ja schon Private auf diesem Markt gibt –, dann ist das nicht so, dass die Stadt einfach machen kann, was sie will. Sondern es gelten eigentlich relativ klare Regeln und diese Regeln müssen eingehalten werden. Darum finde ich es eben schon erstaunlich, wie du zuvor wiedergesagt hast, dass die Privaten es schon machen würden, sie wären einfach nicht bereit zu investieren. Aber wenn schon Räumlichkeiten vorhanden wären, müssten man einfach Miete verlangen. Das spricht ja eigentlich genau dafür, dass ein privates Angebot sehr wahrscheinlich möglich wäre. Zumindest ist dies der Schluss, den ich aus deiner Aussage ziehen muss. Und daher ist es wirklich keine rein ideologische Frage, ob es die Stadt machen soll oder nicht, sondern es gibt auch Regeln, rechtliche Regeln, die man einhalten muss. Und ich erwarte, dass ihr das auch macht. Nun zu meinem eigentlichen Anliegen: Zweimal wurde der Volksauftrag erwähnt, der am 5. Juni 2023 mit rund 200 Unterschriften eingereicht wurde. Wie ist dort der Stand? Für mich war das neu. Ich habe keine Kinder. Ich bin dieser Thematik nicht besonders nahe. Aber könntest du vielleicht sagen, wie dort der Stand ist?

**Stadtrat Nils Loeffel:** Ich denke, es könnte dir passieren, dass du dieser Thematik irgendwann auch noch nahe bist. Ohne dir reinreden zu wollen, wie deine Zukunft aussieht. Daher lohnt es sich heute schon, zwei, drei Gedanken darüber zu machen, bevor man dann vor der Situation steht und sich darum kümmern muss. Dies einfach als Klammerbemerkung. Dieser Volksauftrag wurde am 5. Juni eingereicht mit 200 Unterschriften. 200 Unterschriften aus einem Volksauftrag ist nun nicht etwas, das wir regelmässig in der Stadt Olten erhalten. Meistens sind es bei der Einreichung eines Volksauftrages weniger Unterschriften. Daher hat dieser für mich ein gewisses Gewicht, weil er in dieser Art eingereicht wurde. Zugewiesen wurde er der Direktion Bildung und Sport nach der Sitzung vom Juni. Das funktioniert immer so. Das wird nicht sofort zugewiesen, sondern an der Parlamentssitzung als Eingang bekanntgegeben und danach wird er zugewiesen. Wir sind mit der Beantwortung noch nicht parat, wollten sie aber in diesem Sinne noch abstimmen auf das, was wir in der Konzeption dieser Tagesstruktur machen. Ich denke, bei der nächsten Parlamentssitzung wird die Beantwortung dieses Auftrages beiliegen und dann kann man auch im Parlament noch darüber diskutieren und abstimmen.

**Salome Kisker (OJ):** Ich habe noch drei kleine Sachen. Erstens noch einmal zum Zeitpunkt. Um es noch einmal zu betonen und Nils hat es zuvor schon gesagt: Der Zeitpunkt ist jetzt optimal. Wir haben ein neues Schulhaus, und ich wüsste nicht, welcher Zeitpunkt besser wäre als jetzt, um einen Pilot zu starten. Dann noch betreffend Konkurrenz. Das ist meine persönliche Sicht, aber die Nachfrage an Hort- und Kitaplätzen ist im Moment grösser als das Angebot. Von dem her kann ich mir fast nicht vorstellen, dass wir als Stadt mit den Privaten konkurrieren würden. Aber ich lasse mich gerne anderweitig überzeugen, wenn vielleicht noch Stimmen von Kitas dazukämen. Ein Vorteil, den es geben könnte, würde die Stadt die Kinderbetreuung organisieren: Die Schulen und die Betreuung sind dann einfach viel besser synchronisiert und das ist ein riesiger Vorteil.

**Tobias Oetiker (OJ):** Auch ich habe keine Kinder und es wird auch keine geben. The Train has left the station. Eine Frage an dich, Nico: Wenn in Solothurn die städtischen Horte so teuer sind, wurde dann verboten, dass die günstigen, supercoolen, privaten Horte in Solothurn überhaupt existieren dürfen? Warum bekommt das teure, städtische Hortangebot überhaupt Kinder zum Betreuen? Weisst du darüber etwas?

**Nico Zila (FDP):** Die Antwort ist klar, die Unterstützung der Stadt ist höher als in Olten. Im Unterschied zu uns hat Solothurn im Moment noch Geld. Das wird sich in absehbarer Zeit auch ändern. Es ist niemandem zu wünschen, dass es so ist. Es gibt keinen Leidensdruck für

die Familien. Das Angebot ist da und qualitativ offenbar gut. Zu einem grossen Teil wird es durch ein ähnliches System – du korrigierst mich, Nils –, wie es in Olten ist, mit diesen Bons, gedeckt. Also, das, was die Eltern aus dem eigenen Sack bezahlen müssen, ist in dem Sinn anscheinend nicht gross genug, dass es einen Markt gibt.

**Muriel Jeisy-Strub (Die Mitte):** Ich wollte mich noch einmal kurz äussern. Auch zu den Informationen von Nils Loeffel. Ich denke, es ist sicher richtig, dass es auch ein nationales Phänomen ist. Wobei man nicht vergessen darf, dass der Kanton Solothurn gerade in diesem Bereich nicht gerade eine Vorreiterrolle einnimmt. Allgemein, sei es bei Kitas oder schulergänzender Betreuung, ist praktisch nichts vorhanden im Vergleich auch zu anderen Kantonen, die auf allen Ebenen bei den Elternbeiträgen mitfinanzieren oder subventionieren. Im Kanton Solothurn ist praktisch nichts vorhanden. Eben, es stellt sich immer die Frage, welches der optimale Zeitpunkt ist. Aber es wäre eigentlich schon mal gut, käme es von dieser Stufe, sollte etwas in dieser Richtung kommen. Bezüglich Konkurrenz ist es halt schon so, dass es Auswirkungen hat auf Ausbauprojekte und einfach auch auf die Personalsituation. Das wurde uns wirklich erläutert. Und es ist richtig, dass ein Projekt mit einer Einsprache im Moment nicht sofort umsetzbar ist. Aber vom Gemeinnützigen Frauenverein, welcher ein langjährige Player ist, wären offenbar mehrere Projekte vorhanden, welche sie wirklich anstossen möchten und offenbar wurde wirklich aneinander vorbeigeredet, oder ich weiss nicht, was. Das ist echt schade. Gerade auch auf der rechten Aareseite, wo der Bedarf, wie wir gehört haben, vorhanden ist. Ich hoffe wirklich sehr, dass hier diese Chance auch genutzt wird und nicht erst kurz vor dem November, oder wann auch immer, noch mal das Gespräch gesucht wird. Wir wissen jetzt nach der Medienmitteilung, weshalb eine Besprechung, die ja eigentlich noch am Dienstag, glaube ich, hätte stattfinden sollen, ganz kurzfristig abgesagt werden musste. Ich denke, es ist wahnsinnig wichtig, trotz dieser Situationen, dass man ganz schnell wieder das Gespräch sucht, wenn man hier wirklich alle Player braucht und gemeinschaftlich, partnerschaftlich voranschreiten will, und es mit diesen Anbietern im kleinen Kreis versucht zu klären. Was wirklich am schlimmsten wäre, wenn man am Schluss bei allem guten Willen, es besser machen zu wollen, das Gegenteil bewirkte, so viel aufs Spiel setzt und danach einen Scherbenhaufen hätte. Dann wäre gar niemandem, keinem Kind, keinen Eltern, keiner Familie, gedient. Und was uns auch noch ein Anliegen ist, ist wirklich, dass wenn man von der Schule spricht oder einem kantonalen Leistungsfeld oder von der Stadt, dass man an die Ferien denkt. Es wird zwar in der Antwort erwähnt, aber einfach noch nicht konkret. Denn bis jetzt weiss ich noch von nichts, was die Schulen für die Ferien gemacht hätten. Und das ist wirklich ein echtes Bedürfnis, wovon wir häufig gehört haben. Nämlich, dass man eine flexible Hortabdeckung auch während der Ferienzeit buchen kann. Das ist in dieser Situation etwas ganz, ganz Wichtiges.

Mitteilung an:  
Direktionsleitende betreffende Direktion(en)

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 21. September 2023

Prot.-Nr. 9

## Auftrag Cécile Send und Timo Probst (JSP) betr. Werbeverbot in der Stadt Olten/ Beantwortung

Am 21. Juni 2023 haben Cécile Send und Timo Probst (JSP) folgenden Vorstoss zuhanden des Gemeindeparlamentes eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, in der Stadt Olten ein generelles Verbot von kommerzieller Plakat- und Bildschirmwerbung auf öffentlichem Grund einzuführen. Ausgenommen von diesem Verbot sind Werbung für Kultur-, Sport- und Bildungsangebote.

### **Begründung**

Konsument:innen werden durch kommerzielle Werbung in ihrem Ausgabe- und Konsumverhalten stark beeinflusst. Mittels Werbung erhält Mensch ein Bild eines erstrebenswerten Lebens, welches sich allerdings nur die Wenigsten leisten können. Damit verstärkt sich die Inkohärenz zwischen finanzieller Realität und der schöngefärbten Werbewelt. Während Werbung für kulturelle Veranstaltungen das gesellschaftliche Leben durchaus prägen, profitieren beispielsweise Banken und Versicherungen auf dem steigenden Preisdruck der ärmeren Gesellschaftsschichten. Mittels Kredit- und vermeintlichen Sparangeboten wird Profit auf der Armut einer breiten Bevölkerungsschicht gemacht. Eine künstliche Bestärkung des Konsumverhaltens trägt ausserdem direkt zum Klimawandel bei: Die Werbewelt schafft fortdauernd neue Bedürfnisse, die nachweislich den Planeten zerstören.

Mit einem solchen kommerziellen Werbeverbot profitiert das Kleingewerbe der Stadt Olten. Grosse Unternehmen können nicht mehr grossflächig ihre Marktmacht ausspielen. Das Bundesgericht urteilte im Rahmen der Genfer Initiative «Genève zéro pub», dass ein generelles Werbeverbot zulässig sei, die Wirtschaftsfreiheit nicht verletze und die Gemeindeebene durchaus die richtige Instanz sei, um eine solche Regelung zu implementieren (BGer 1C\_427/2020). Die geschichtliche Entwicklung des bereits eingeführten Werbeverbots für die Tabak- und Alkoholbranche zeigt, dass ein Verbot kommerzieller Werbung durchaus Einfluss auf die Minimierung des Konsums hat.<sup>1</sup>

Mit einem Verbot wäre die Gemeinde Olten nicht die Einzige. Basel-Stadt kennt ein Verbot sexistischer Darstellung. Die beiden Gemeinden Vernier und Mont-sur-Lausanne haben ein Aussenwerbeverbot verabschiedet. Aufgrund der genannten Gründe soll die Stadt Olten ebenfalls ein kommerzielles Werbeverbot auf öffentlichem Grund einführen.»

\* \* \*

---

<sup>1</sup> Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hält fest, dass der Zusammenhang zwischen Tabakwerbung und Konsumverhalten durch zahlreiche Untersuchungen belegt ist. Tabakwerbung erhöht die Gesamtnachfrage. Siehe dazu: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/politische-auftraege-und-aktionsplaene/politische-auftraege-zur-tabakpraevention/tabakpolitik-schweiz/werbeeinschraenkungen.html>

Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Grundsätzlich gilt es festzuhalten, dass ein generelles Werbeverbot auf öffentlichem Grund nur einen kleinen Bereich unserer Wahrnehmung betreffen würde, während die viel intensivere Beeinflussung via elektronische und physische Medien – sei es durch unmittelbare Werbung oder durch andere Botschaften, die das monierte «Bild eines erstrebenswerten Lebens» vermitteln – ungebremst fort dauern würde. Und Werbung auf privatem Grund, die in den meisten Fällen auch vom öffentlichen Grund aus sichtbar ist, wäre durch ein solches Verbot auch nicht geregelt.

Aktuell hat die Stadt Olten für Werbung auf dem öffentlichen Grund drei Verträge mit der Allgemeinen Plakatgesellschaft APG, die bis 2028 laufen; das geforderte Werbeverbot ist somit nicht rasch umsetzbar. Die Verträge sorgen für jährlich wiederkehrende Einnahmen von rund 40'000 Franken. Wenn mit der APG die geplanten City-Panels umgesetzt würden, würden sich die Einnahmen voraussichtlich mehr als verdoppeln.

Abgesehen davon, dass ein Werbeverbot aus rechtlichen Gründen in den nächsten Jahren nicht umsetzbar wäre, muss die Frage nach dem Sinn eines generellen Verbots gestellt werden. Die von den Einreichenden des vorliegenden Auftrags erwähnten Beispiele der Tabak- und Alkoholbranche zeigen nach Ansicht des Stadtrates den Weg auf, mit dem das Konsumverhalten in Bereichen, in denen sich Werbung negativ auf die Gesellschaft auswirkt, auf übergeordneter Ebene gesteuert werden kann. Generelle Verbote würden hingegen nicht nur zahlreiche Arbeitsplätze in der Werbebranche bedrohen, sondern auch Sponsoring-Aktivitäten betreffen, indem Sponsoren nicht mehr öffentlich auf ihr Engagement hinweisen dürften, und somit für die Öffentlichkeit interessante Angebote verhindern. So wurde beispielsweise das Wasserspiel zur Eröffnung des Ländiwegs rund zur Hälfte von (kommerziellen) Sponsoren finanziert und auf Werbetafeln darüber informiert.

Aus den erwähnten Gründen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den Vorstoss nicht erheblich zu erklären.

- - - -

**Cécile Send, Auftraggeberin:** Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung unseres Auftrags. Leider sind wir mit der Beantwortung nicht zufrieden. Neben Widersprüchen in der Beantwortung haben sich uns auch ein paar Fragen gestellt. Ich möchte aus diesem Grund gerne auf die Beantwortung eingehen. Die Gründe, weshalb dieses Thema bei der Jungen SP ein wichtiges Anliegen ist, könntet ihr dem Auftragstext entnehmen. Es ist effektiv so, dass kommerzielle Werbung auf öffentlichem Grund ein sehr kleiner Anteil in unserer digitalen Welt darstellt. Das stellt aber unseres Erachtens auf keinen Fall ein Gegenargument dar, um ein solches Werbeverbot nicht einzuführen. Erstens kann man sich die Frage stellen, weshalb man noch in solche Plakatwerbung investiert, wenn sie doch einen solch kleinen Anteil ausmacht. Man könnte sie doch gleich weglassen. Zweitens hat kommerzielle Werbung erwiesenermassen Einfluss aufs Konsumverhalten von einzelnen. Ich verweise hier auf das Verbot von Tabak- und Alkoholwerbung. Unser Auftrag müsste also noch viel weiter gehen und kommerzielle Werbung flächendeckend verbieten. Also, auf öffentlichem Grund, online, im Fernsehen und bei Direktwerbung. Unser Anliegen stellt also einen wichtigen, ersten Schritt dar, welcher eine Stadt wie Olten auf Gemeindeebene sehr wohl ausführen kann. Weiter wird vom Stadtrat bemängelt, dass Werbung auf privatem Grund vom öffentlichem Grund weiterhin sichtbar sein wird. Das ist korrekt. Unser Auftrag richtet sich aber auf den Bereich, auf welchen die Stadt Olten Einfluss nehmen kann und sollte. Und das ist eben der öffentliche Grund. Auch die befristeten Verträge bis 2028 mit der APG stellen kein Ausführungshindernis dar. Man kann diese Verträge ganz einfach auslaufen und dann das kommerzielle Werbeverbot in Kraft treten lassen. Dann hat man sogar genügend Zeit zur Umsetzung. Zudem stellt es eine tolle Gelegenheit dar, um diese Verträge neu auszugestalten. Dass beispielsweise kulturelle Veranstaltungen mehr Darbietungsfläche erhalten. Die Stadt Olten bietet bereits jetzt mit der APG das Kulturstellennetzwerk mit 12 Standorten an. Das könnte entsprechend weiter-

entwickelt werden. Mit dem Wegfall von kommerzieller Werbung wird auch das Lokalgewerbe gestärkt, was ein weiterer Punkt für die Einführung eines Werbeverbotes wäre. Die vom Stadtrat erwähnten City-Panels haben uns, den Auftraggebenden, ein sehr ungutes Gefühl gegeben und sehr viele Fragen aufgeworfen. Wie wird ein solcher Vortrag aussehen? Bzw., was genau ist mit diesen City-Panels vorgesehen? Wurde ein solcher Vertrag bereits abgeschlossen? Wo werden sie sich befinden? Wie viele wird es davon geben? Und in wie fern werden sich hier die Einnahmen verdoppeln? Wird es doppelt so viel Werbung geben? Diese Unklarheiten sind für uns eher ein klares Zeichen, dass hier ein Werbeverbot auf öffentlichem Grund unbedingt umgesetzt werden muss. Je mehr digitale Werbefläche, desto mehr wird die Bestimmungsfreiheit von Personen eingeschränkt. Hinzu kommt, dass mit solchen City-Panels noch spezifischer auf bestimmte Interessengruppen zielt und mehr Werbung auf einmal gezeigt werden kann. Ein solches Targeting ist aus Sicht der Auftraggebenden unbedingt zu vermeiden. Passanten werden damit noch stärker beeinflusst. Eine solche geplante Einführung der City-Panels schreit doch nach einer Einführung eines kommerziellen Werbeverbotes. Auch der Punkt, dass ein solches Werbeverbot auf nationaler Ebene zielführender ist, verfehlt sein Argument. Erstens hat das Bundesgericht selber festgehalten, dass die Gemeindeebene dafür sehr gut geeignet ist. Einige Gemeinden haben sogar ein solches kommerzielles Werbeverbot eingeführt und sind an seiner Umsetzung nicht gescheitert. Schliesslich kann die Stadt Olten auch als Pionierstadt brillieren und ihr Verantwortungsbewusstsein betreffend Gesundheit, Konsum und Werbung bildhaft vorzeigen. Die Aufgabe einer Gemeinde muss doch das Wohlergehen der Menschen und der Umwelt sein. Das wird, wie im Auftragstext erklärt und in Anlehnung der erwiesenen, positiven Wirkung vom Verbot von Tabak- und Alkoholwerbung, klarerweise erreicht. Auch das Argument vom Wegfall von Arbeitsplätzen greift nicht. Wie auch vom Stadtrat bereits erwähnt, macht kommerzielle Werbung auf öffentlichem Grund einen kleinen Anteil aus. Kommerzielle Werbung wird es also leider in anderer Form weiterhin geben. Zudem ist es widersprüchlich zu behaupten, dass durch ein Werbeverbot Arbeitsplätze in der Druckindustrie wegfallen würden und gleichzeitig solche City-Panels eingeführt werden. Aufgrund der genannten Gründe und der Ausführungen im Auftragstext, bitten wir euch, unserem Anliegen zu folgen und die Stadt Olten kommerziell werbefrei auszugestalten. Mit unserem Auftrag wird Werbung für Kultur, Sport und Bildungsangebote weiterhin möglich sein. Und das lokale Gewerbe wird zusätzlich gestärkt. Wir wollen die Stadtbevölkerung vom Zwang befreien, sich eindimensionalen Lebensentwürfen hinzugeben und einem vorgegebenen, erstrebenswerten Leben zu entsprechen, das einem die Werbeindustrie ständig vorhält. Vielen Dank.

**Gian Baumann, Fraktion GO/JGO:** Unsere Fraktion hat sich beim vorliegenden Geschäft schwergetan. Ein Teil der Fraktion hat Sympathien für die Idee, die kommerzielle Werbung in der Öffentlichkeit zu reduzieren. Aber es bestehen auch einige Bedenken. Uns ist bewusst, dass Werbung das Konsumverhalten stark beeinflussen und unrealistische Lebensrealitäten und Körperideale propagieren kann. Es wird ausserdem eine künstliche Nachfrage für umweltschädliche Produkte geschaffen, welche ihren Teil zum Klimawandel beitragen. Es ist für einen Teil von uns jedoch fraglich, ob ein solches Verbot auf städtischem Gebiet wirklich die gewünschte Wirkung hätte. Es schliesst private Werbebanner nicht ein und ein Teil der Fraktion erachtet das Oltner Gemeindegebiet als zu klein. Der Stadtrat hat in seiner Antwort bekanntgegeben, dass er zusammen mit der APG Citypanels einführen möchte. Dies ist für uns nicht verständlich. Wir wehren uns vehement gegen diese Citypanels, weil der Energieverbrauch und die Lichtverschmutzung durch diese Panels schlicht zu gross sind. Wir überlegen uns, zu diesem Thema noch einen Auftrag einzureichen, damit wir dies verhindern können. Nicht, dass man schlussendlich wie in Zürich im Nachhinein dafür schauen muss, dass sie entfernt werden. Aus all diesen genannten Gründen haben wir unterschiedliche Haltungen und werden dementsprechend unterschiedlich abstimmen.

**Sandy Grieder, Fraktion FDP:** Es kommt nicht überraschend, die FDP wird dem Antrag des Stadtrates folgen und für nicht erheblich stimmen. Der Stadtpräsident hat bereits begründet, was gegen ein solches Werbeverbot spricht und das möchte ich im Detail nicht wiederholen. Aber trotzdem noch ein paar Bemerkungen: Nur, weil das Bundesgericht zum Schluss kommt, dass ein Verbot zulässig ist, heisst das noch lange nicht, dass man es machen soll. Wie bei

allem sollte man, bevor man staatliche Eingriffe vornimmt, abwägen, was es auch tatsächlich bringt. Die Werbung in Olten auf öffentlichem Grund macht einen kleinen Teil von all dem aus, was wir täglich konsumieren. Somit sehen wir nicht, in wie fern ein Verbot ein geeignetes Mittel ist, um die Bürger von einem «erstrebenswerten Leben» abzuhalten oder den Planeten zu retten. Im Gegenteil: Die FDP traut den Oltnerinnen und Oltnern durchaus zu, dass sie ihr Konsumverhalten selber im Griff haben und sich frei eine Meinung bilden, auch wenn gewisse Plakate eine idealisierte Welt aufzeigen. Noch etwas: Wir sollten vorsichtig und zurückhaltend sein, wenn es darum geht, Verbote einzuführen. Jetzt ein Werbeverbot, und dann? Was kommt als nächstes? Wir haben es zuvor von Cécile bereits gehört, dass dieses Verbot ja eigentlich noch weitergehen sollte. Ich hoffe wirklich, wir fangen in Olten nun nicht damit an, Bevormundungspolitik zu betreiben.

**Marc Winistörfer, Fraktion SVP:** Im Namen der SVP-Fraktion nehme ich zum vorliegenden Auftrag Stellung und ich mache das eigentlich gerne. Nicht wegen des Auftrages, aber doch um zwei, drei Punkte klarzustellen. Die JUSO hat wieder einmal in die Mottenkiste des Klassenkampfes gegriffen. Anders lässt sich wohl kaum erklären, wie man einen so durch und durch ideologischen Auftrag einreichen kann. Er bedient maximal irgendwelche Klischees der bösen Grossunternehmen, welche die armen Konsumenten mit Werbung abzocken. Mit der Realität hat es – und da kann man sagen: selbstverständlich – nichts zu tun. Weder sind Plakatwerbungen auf öffentlichem Grund die bevorzugte Werbemethode von diesen Grossunternehmen, noch dürfte die Wirkung beim Konsumentenscheid besonders gross sein. Zahlreiche Oltner Unternehmen nutzen vielmehr die Möglichkeit mit relativ bescheidenen Mitteln darauf aufmerksam zu machen, dass man zum Beispiel die schöne Uhr, die man im Internet gesehen hat, auch bei ihnen im Geschäft kaufen kann. Das wäre zum Beispiel die Mägli Bijouterie oder der «Adam». Oder, dass die Konsumenten die Versicherung, die bei einem Versicherungsvergleich besonders gut abgeschnitten hat, auch in der Niederlassung in Olten abschliessen können. Kurzum: Die Möglichkeit, mit Plakaten auf öffentlichem Grund Werbung zu machen, hilft den Konsumenten sich beim Angebot zurechtzufinden. Zudem verschafft die Werbung auf öffentlichem Grund der Stadt Olten Einnahmen, die notabene von den gleichen Kreisen, welche den Auftrag eingereicht haben, für zweifelhafte Ausgaben wiederverwendet werden können. Weshalb nun die Werbung auf öffentlichem Grund verboten werden soll, erschliesst sich vermutlich nur den JUSOs. Uns, von der SVP, sicherlich nicht. Es spricht kein einziges, gutes Argument für ein Werbeverbot. Die Klassenkampfrhetorik ist möglicherweise dem Wahlkampf geschuldet, in diesem Parlament hat sie eigentlich nicht viel verloren. Die SVP wird diesen Auftrag daher einstimmig ablehnen.

**Manfred Schoger, Fraktion Mitte/GLP/EVP:** Ich muss nicht die ideologischen Gräben öffnen, welche mein Vorredner von der SVP gerade eben aufgemacht hat. Aber wir sehen es ähnlich. Wir sind auch der Meinung, dass Plakate vor allem dem Kleingewerbe in der Region Olten helfen, weil sie im Verhältnis günstiger sind. Sie stellen eine kleine Hürde dar und können gut helfen. Eine ausgeklügelte Onlinewerbung hingegen ist für die kleinen Unternehmen eher keine Option, denn dafür müssten sie sehr viel Geld in die Hand nehmen, sie bräuchten eine prallgefüllte Kasse und sie müssten wissen, wie es funktioniert. Das ist eine grössere Hürde. Von dem her teilen wir die Meinung des Stadtrates und werden es auch nicht für erheblich erklären.

**Vivek Sharma, Fraktion OJ:** Was soll ich sagen? Ich glaube, sehr viele Argumente wurden bereits gebracht. Natürlich hätte ich es sehr gerne, wenn ich gar keine Werbung sehen müsste. Persönlich für mich gesprochen, egal, ob im Internet oder draussen in der Welt. Das wäre schön und ist utopisch. Aber trotzdem habe ich Zweifel, ob dieser Vorstoss besonders zielführend ist und viel Nutzen bringt. Ich stelle mir eine Frage: Cécile, du hast zuvor gesagt, ein solches Verbot würde dem lokalen Gewerbe helfen. Aber im Vorstoss habe ich nichts Konkretes gesehen, wie das passieren soll. Es heisst, Werbung soll nur noch für Kultur, Sport und Bildungsangebote erlaubt sein. Nun, wer definiert, was Kultur ist? Zum Beispiel ein Coldplay-Konzert im Hallenstadion. Ist das Kultur oder muss es ein Anlass sein, der garantiert keinen Gewinn machen würde? Wie bestimmt man das? Das sehe ich ziemlich problematisch, wie man das definieren will. Wie bereits erwähnt wurde, stehen sehr viele Plakate gar nicht

auf städtischem Boden. Da hätten wir sehr wenig Nutzen von diesem Verbot. Wenn schon könnte ich mir vorstellen, dass es etwas mehr Plätze gibt für Werbung lokaler Kultur, Anlässe, je nach dem. Aber im Grossen und Ganzen gesehen, habe ich den Eindruck, dass der Nutzen gering wäre. Und dafür ein solches Verbot einzuführen empfinden wir einen als etwas zu grossen Eingriff. Wir von OJ sehen den Nutzen nicht und werden daher nicht für den Vorstoss stimmen.

**Timo Probst, Fraktion SP/JSP:** Zuerst möchte ich zuhänden des Protokolls und zuhänden der Presse, die vielleicht online zuhört, festhalten, dass dieser Vorstoss von der Jungen SP ist. Das ist doch noch ein Unterschied zur JUSO. Das steht auch so im Text. Dann möchte ich mich bei Eli Wolf und Beda Küttel im Publikum bedanken. Dieser Vorstoss kommt aus einer basisdemokratischen Tradition der Jungen SP. Er wurde Ziel eines Workshops, der uns, Cécile und mich, dazu gebracht hat, dieses Anliegen hier ins Parlament zu bringen. Dann will ich mich trotzdem noch rasch bei Thomas Fürst entschuldigen, denn jetzt kommt doch ein bisschen ein ideologisches Votum. Ich stimme Céciles Ausführungen zu Hundertprozent zu. Trotzdem möchte ich noch ein paar zusätzliche Argumente einbringen. Ein Werbeverbot tönt nach einer krassen Forderung. Die jungen Linken von Olten möchten die natürliche Ordnung im Marketingwesen umstürzen. Die Motivation zu diesem vermeintlichen Putsch ist aber die Folge einer kritischen Auseinandersetzung mit unserer direkten Umwelt. Ein Verbot kommt dann zum Zuge, wenn keine andere Massnahme hilft. Sie ist quasi die Ultima Ratio, um die Menschen zu einem Umdenken zu bewegen. Der Konsum, allem voran der unnötige Konsum, das hat Gian auch schon gesagt, ist hierbei einer der zentralen Faktoren für Ungerechtigkeit und Umweltschäden auf dieser Welt. Wir werden tagtäglich mit noch günstigeren Kleiderwerbungen berieselt und denken nicht an die Hungerlöhne der Kinder in Südostasien, welche diese Kleider hergestellt haben. Wir werden mit nackten Oberkörpern und Sixpack angeregt, unser schlechtes Gewissen im nächsten Fitnesscenter wegzutrainieren. Neueste Kosmetikprodukte beschwören uns die neuesten Schönheitstrends auf. Jeder hierfür verladene Container auf ein Schwerölfrachtschiff ist einer zu viel. Die Stadt sei nicht die richtige Ebene, um etwas zu verändern. Wir müssten auf die nationale Ebene, heisst es in der Antwort. Das gleiche hört man auch beim Klimaschutz: Wir müssen nicht in der Schweiz aufhören CO<sub>2</sub> auszustossen. Zuerst soll man mal in China Schadstofffilter auf die Fabriken pflanzen, bevor wir hier etwas ändern müssen. Genau gleich, wie dieses Argument nicht zählt in Bezug auf den Klimaschutz, zählt es eben auch beim Werbeverbot nicht. Wir stimmen noch in diesem Parlament über die nächsten Reglemente zur Einhaltung von Nachhaltigkeit und Klimaschutz ab. Und zwar auf Gemeindeebene, in der Gemeindeverordnung. Es ist also genau die kommunale Ebene, wo man beginnt, etwas zu verändern. Es ist auch jene Ebene, auf welcher wir zusammen Einfluss nehmen können. Es ist uns klar, dass die Werbung im öffentlichen Raum nur einen ganz, ganz kleinen Bestandteil ausmacht. Es ist aber eben der Bestandteil, den wir beeinflussen können. Im Übrigen ist der Entscheid, ob man Instagram, Tiktok und YouTube brauchen und sich den Werbealgorithmen mit Werbung aussetzen will, ein freier Entscheid. Weniger frei ist der Entscheid, den öffentlichen Raum zu brauchen. Dieser Raum soll aber frei sein von Zwängen und Verlangen, welche man den Leuten anhängt. Er soll Ort sein von kultureller, lokaler Entfaltung. Auch in der Werbung. Er soll der Ort sein, wo man darüber informiert wird, was in der Stadt gerade läuft und was es gibt und nicht darüber, was in den USA gerade der neueste, letzte Schrei ist. Ich bitte euch daher, auch in Anbetracht eures Gewissens gegenüber den ärmsten Menschen in unserer Gesellschaft, die sich die Träume und Versprechen auf diesen Werbepanels gar nie leisten werden können, diesem Auftrag zuzustimmen. Wir tragen damit einen Teil zu einem etwas freundlicheren öffentlichen Raum bei.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Der Schutz der Jugend, der Kinder, ist für den Stadtrat eminent wichtig. Daher unterstützen wir natürlich auch Massnahmen, die aber nicht in Olten gefällt werden. Tabak- und Alkoholverbote, auch in der Nähe der Schulen, das ist ganz wichtig. Insbesondere, da es sich um Menschen handelt, die noch in der Entwicklung stehen und in einem Stadium sind, in welchem sie noch einfacher für Verführungen empfänglich sind, wenn ich das so sagen darf. In der Abwägung von Kosten und Nutzen ist der Stadtrat zur Empfehlung gelangt, diesen Vorstoss nicht erheblich zu erklären. Es gibt einen Bereich, bei

welchem ein Verbot gilt. Das sieht man gerade jetzt bei den Wahlen. Wir haben nämlich das Verbot, Wahlwerbung auf öffentlichem Grund zu platzieren. Ob einem das gefällt oder nicht, da sind die Meinungen, so, wie ich es gehört haben, bei allen Parteien durchmischt. Eine Information, die vielleicht noch interessiert: Heute habe ich erfahren, dass der Ständerat beschlossen hat, die Tabakwerbung mit starkem Schweizbezug einzuschränken bzw. zu verbieten. «Mit starkem Schweizbezug». Es ist noch schwierig zu sagen, was das heisst. Dieses Geschäft ist aber noch hängig. Es geht nun in den nächsten Rat. In den Nationalrat.

### **Beschluss**

Mit 24 : 12 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Auftrag nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an:  
Direktionsleitende betreffende Direktion(en)

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 21. September 2023

Prot.-Nr. 10

## **Auftrag Timo Probst (SP/JSP) betr. Verbesserung der Sicherheit für Velofahrende an der Neuhardstrasse/Beantwortung**

Am 21. Juni 2013 hat Timo Probst (SP/JSP) folgenden Vorstoss zuhanden des Gemeindeparlamentes eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Sicherheit der Velofahrenden an der Verzweigung Neuhardstrasse Aarauerstrasse verbessert werden kann.

### **Begründung**

Velofahren in der Stadt Olten ist ein schwieriges Unterfangen. Dass mehrere Probleme mit der fehlenden Stadtteilverbindung für den Langsamverkehr verbunden sind, kann auf die Schnelle nicht behoben werden. Mittels entsprechenden Markierungen und Signalen können aber zumindest die bereits rege genutzten Fahrradwege sicherer gemacht werden.

Die Neuhardstrasse fungiert als wichtiger Zubringer zur Aarauerstrasse und wird von vielen Velofahrenden genutzt, um auf die andere Stadtseite zu kommen. Mit der jüngsten Anpassung zum Rechtsabbiegen bei roter Ampel wurde der Verkehr für Velos bereits flüssiger gemacht. Aufgrund eines fehlenden Velostreifens halten viele motorisierte Verkehrsteilnehmende jedoch zu fest rechts. Dies resultiert darin, dass Velofahrer:innen zum Ausweichen entweder das Trottoir nützen oder anhalten müssen. Die Strecke wird neben zahlreichen Bewohnenden der Quartiere Rosengasse, Martin-Disteli-Strasse und Untere Hardegg vor allem auch von vielen Schülerinnen und Schülern der Kantonsschule genutzt; eine Verbesserung der Verkehrsführung ist daher dringend angebracht.

Das Astra empfiehlt weiter bei Kreuzungen mit einer Lichtsignalanlage ein Augenmerk auf sichere Veloinfrastruktur zu legen. An der Verzweigung Neuhardstrasse Aarauerstrasse nützen motorisierte Verkehrsteilnehmende zu kurze Zeitlücken der Ampel und erzwingen den Vortritt; dies vor allem aufgrund der kurzen «Grün»-Zeit der Ampel, die nur jeweils drei bis vier Autos die Fahrt zulässt. Das führt zu erheblichen Sicherheitsdefiziten für Velofahrer:innen.

Das Anbringen eines Velostreifens zum Beispiel wäre eine einfache und kostengünstige Variante, die es zu prüfen gilt, um die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmenden zu erhöhen. Dass bis anhin kein solcher Streifen angebracht ist, irritiert umso mehr, als dass vor der Ampel bereits ein speziell designierter Haltebereich für Fahrräder markiert wurde. Zudem besteht Gefahr der Verschärfung der aktuellen Situation, da auf einem der möglichen Alternativwege über die Von Roll-Strasse wegen Bauarbeiten an der Unterführungsstrasse mit zusätzlichen Verkehrsbehinderungen zu rechnen ist.»

\* \* \*

Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

### Grundsätzliches

Da Verkehrsmassnahmen in der Zuständigkeit der Exekutive liegen, handelt es sich beim vorliegenden Vorstoss um einen Prüfungsauftrag.

### Zum Inhalt

Es ist in der Tat so, dass es bei der Einmündung der Neuhardstrasse in die Unterführungsstrasse von Norden her ab Rosengasse oft kein Durchkommen für die Velofahrenden gibt. Dies ist jedoch weniger auf einen fehlenden Velostreifen als vielmehr auf die geringe Strassenbreite zurückzuführen: Mit einer Gesamtstrassenbreite von rund 6,1 m im Verzweigungsgebiet zwischen Rosengasse und Unterführungsstrasse kann kein nach Norm mindestens 1,5 m breiter Radstreifen zusätzlich markiert werden. Die Fahrzeuge vor der Ampel würden in der Praxis auf diesem Streifen stehen, damit sie nicht über die Fahrbahnmitte hinausragen und den Gegenverkehr behindern, der ja seinerseits auch Velofahrende Richtung Kantonsschule umfasst. Würde die Ampel nach Norden versetzt, im Extremfall nördlich der Einmündung Rosengasse, um Platz für die Velofahrenden zu schaffen, würde der Weg für die Automobilistinnen und Automobilisten zur Kreuzung länger und der Druck, die kurze Grünphase zu nutzen, noch höher.

Ein rotes Farbband, wie es an der Sälistrasse aufgemalt wurde, als Alternative würde die Platzsituation nicht verbessern und könnte zu Rechtsunsicherheiten und Haftungsfragen führen und den Velofahrenden eine falsche Sicherheit vorspiegeln. Solche Markierungen wurden im Übrigen bereits bei einer Untersuchung im Jahr 2020 von einem unabhängigen Experten geprüft, der einen Verzicht empfahl.

Aufgabe des laufenden Masterplans Velo ist es, die Wege und die Verkehrssicherheit für die Velofahrenden flächendeckend auf dem Platz Olten zu prüfen und zu verbessern. Aufgrund der laufenden Arbeiten am Masterplan, der allenfalls Alternativen zur heutigen, zugegebenermassen unbefriedigenden Situation aufzeigen könnte, und der bereits erfolgten Überprüfung empfiehlt der Stadtrat, den konkreten Auftrag nicht erheblich zu erklären.

- - - -

**Timo Probst, Auftraggeber:** Ich bedanke mich beim Stadtrat für die Beantwortung des vorliegenden Auftrags und entschuldige mich gerade noch einmal, dass ich diesen Auftrag nicht korrekterweise als Prüfauftrag betitelt habe. Ich wollte hier auf keinen Fall die Exekutivkompetenz in Bezug auf Verkehrsmassnahmen in Frage stellen. Wie ihr bestimmt alle bemerkt habt, habe ich vergangene Woche noch eine Änderung vorgenommen. Diese war offenbar sehr klein. Selbst Markus Dietler musste nachfragen, was ich denn genau geändert habe. Auf jeden Fall, wurde diese Version verschickt und ich führe nun noch aus, weshalb das so ist. Die Kreuzung an der Neuhardstrasse ist eine unbefriedigende Situation für Velofahrende. Das merke ich jedes Mal, wenn ich ins Parlament komme. Und der Verkehrsfluss wird durch zu fest rechts parkierende Autos vor der Ampel unnötig unterbunden. Dies kann man dem Auftrag entnehmen. Dieser Teil ist gleichgeblieben. Unbefriedigend ist die Situation, dass diese Strasse offenbar nicht genügend breit ist. Daran kann man tatsächlich nichts ändern und Velofahrenden einmal mehr zuhause von Autos den Kürzeren ziehen müssen. Unbefriedigend ist aber zumindest auch für mich die Antwort vom Stadtrat im konkreten Fall. Sie ändert nämlich nichts an der jetzigen Situation. Mein Prüfauftrag ist daher kurzfristig erfolglos. Die Formulierung, die ich gewählt habe, die einen Velostreifen beinhaltet, ermöglicht es aber nicht, dass der Prüfauftrag erheblich erklärt werden würde. Das sehe ich ein. Der Grund: Ohne eine massive Anpassung mittels Bau oder Änderungen des Verkehrsflusses, kann der Wortlaut gar

nie umgesetzt werden. Durch die Abschwächung des Auftrages durch das Weglassen des Wortes «Velostreifen», ermöglihe ich nun aber, dass dieser Prüfauftrag als erheblich erklärt wird. Der Stadtrat kann dann die möglichen Massnahmen ergreifen, um die Sicherheit langfristig zu erhöhen. Zum Beispiel könnte er im Masterplan Velo der unbefriedigenden Situation Rechnung tragen oder bei einer in der Zukunft kommenden Neu-auslegung des Quartierverkehrs den Verkehrsfluss zugunsten der Velos nachhaltig verbessern. Damit können wir meinem Anliegen trotzdem Rechnung tragen, auch wenn wir in kurzer Frist keine direkten Anpassungen an der Situation vornehmen können. Ich danke daher allen, die sich bereit erklären diesem, nun abgeänderten, Prüfauftrag zuzustimmen.

**Manuela Höfler, Fraktion GO/JGO:** Die Fraktion GO/JGO wird diesen Auftrag unterstützen. Der Strassenabschnitt ist tatsächlich leider sehr häufig durch wartende Autos blockiert und das verleitet uns Velofahrende dann dazu, über das Trottoir auszuweichen, immer in der Hoffnung, dass kein Fussgänger entgegenkommt. Ja, es hat dort wenig Platz und ja, wir hoffen alle auf den Velo-Masterplan, der unsere theoretisch tolle Velostadt zu einer richtig praktisch tollen Velostadt macht. Aber bis es so weit ist, dürfen wir durchaus schon die eine oder andere Ecke verbessern und Timo hat hier einen meiner persönlichen Favoriten ausgewählt. Die Ampeln könnte man zum Beispiel Richtung Norden hinter die Kreuzung mit der Rosengasse versetzen. Das könnte eine Variante sein. Damit hätten die Velofahrenden von oben, von der Rosengasse her, freie Fahrt, bis die Autos an der Ampel grün haben. Die Grünphase müsste man natürlich entsprechend verlängern, da dann auch das Einbiegen in die Unterführungsstrasse länger dauert. Ob das die Lösung ist, oder, ob es eine andere Lösung gibt, wir sind uns sicher: Lösungen sind zu finden. Es war interessant, als wir es intern diskutiert haben. Ihr denkt bestimmt, ja, das sind die Grünen, die denken sowieso immer pro Velo und so. Aber wir haben dann trotzdem gedacht, irgendwie hat es gar keinen Platz, die Autos brauchen den Platz, der Fahrstreifen ist einfach zu schmal. Und Autos kann man einfach nicht zusammendrücken. So haben wir festgestellt, wie wir bei allen Überlegungen immer davon ausgehen, dass das, was ist, ein bisschen normal ist. Sprich, dass man baut und dann die Autos dort fahren dürfen und diese den Platz selbstverständlich haben müssen. Das nehmen wir irgendwie so mit. Und das sind mehr oder weniger unbewusste Voraussetzungen, die wir irgendwie überwinden müssen. Daher denken wir, dass es sehr wichtig ist, dass wir alle ein bisschen lernen müssen umzudenken. Oft schauen wir bewusst oder unbewusst die autofreundliche Infrastruktur als gegeben an. Das ist aber für die Mobilität in der Stadt nicht das wichtigste und primäre und vor allem auch nicht das einzige Verkehrsmittel. Daher ist es eigentlich nur fair, wenn man zuerst für die Fussgänger/innen und Velofahrenden plant und danach fürs Auto. Und nur so erreichen wird, dass wir uns in Olten am liebsten zu Fuss und per Velo durch die Stadt bewegen und wenn immer möglich das Auto stehenlassen. Und damit meine ich natürlich nicht im Stau stehenlassen.

**Beat Bachmann, Fraktion Mitte/GLP/EVP:** Besten Dank der SP/JSP für diesen Vorstoss, welcher die Sicherheit für die Velofahrenden zum Thema macht. Es zeigt einmal mehr eine gefährliche Situation für die schwächeren im Strassenverkehr auf. Die Leitragenden sind eben die Velofahrerinnen und Velofahrer, die zum Beispiel von der Kanti kommend vor dieser Kreuzung vom Autoverkehr gestoppt oder regelrecht rausgedrängt werden. Es ist eine ziemlich abenteuerliche Ausfahrt in diese Unterführungsstrasse, wie es mir auch Anwohner dieses Quartiers berichtet haben, welche dort mit einem mulmigen Gefühl durchfahren, selbst wenn sie sich an die Verkehrsregeln halten und nicht via Trottoir auf den markierten Velowarteplatz vordrängen. Es ist uns auch bewusst, dass die Situation an der Neuhardstrasse eng ist, aber es zeigt an dieser Stelle, wie auch an anderen Orten, wieder auf, dass der Autoverkehr prioritär behandelt wird, wie es Manuela gerade gesagt hat. Insbesondere wenn es um Stadtseitenverbindungen geht hat es oft keinen oder wenig Platz für den Langsamverkehr. Der Stadtrat schreibt selber, dass es eine unbefriedigende Situation ist und verweist in verschiedenen Geschäften immer wieder auf den Velo-Masterplan. Aber unsere Fraktion würde gerne konkret hören, welche Alternativen möglich sind, um diese Kreuzung zu umgehen oder eine bessere Lösung hinzubekommen. Die Idee vom Posttunnel als Stadtseitenverbindung, welche Christian Ginsig ins Spiel gebracht hat, wäre gerade für das Quartier rund um die Neuhardstrasse eine ideale Lösung, wenn man es ernsthaft prüfen und

daran bleiben würde. Die Mitte/GLP/EVP-Fraktion wünscht sich daher, dass dieser Prüfauftrag ausgeführt wird, um noch viel mehr vom Stadtrat zu hören, wie man in dieser Stadt sicher mit dem Velo unterwegs sein kann und nicht einfach vom Autoverkehr rausgedrängt wird. Daher unterstützen wir diesen Vorstoss und werden ihn einstimmig für erheblich erklären.

**Christian Huber, Fraktion FDP:** Ich halte mich im Sinne der Antrittsrede der neuen Präsidentin kurz. Die FDP-Fraktion wird diesen Vorstoss nicht erheblich erklären. Wir können uns anfreunden oder haben Sympathien, denn wir anerkennen das Problem an dieser Kreuzung. Ich wollte dort kurz vorbeigehen, es hat jedoch zeitlich nicht gereicht. So habe ich es mir auf Google Maps angeschaut. Es ist in der Tat unübersichtlich und es ist zu eng. Wir sind jedoch der Meinung, dass dieser Prüfauftrag eigentlich Redundanzen bzw. Doppelspurigkeiten schafft. Lassen wir doch den Stadtrat den Masterplan Velo ausarbeiten. Meine neueste Information ist, dass wir bis Ende 2023 etwas erwarten dürfen. Vielleicht ist dies als neues Parlamentsmitglied etwas blauäugig, ich weiss es nicht. Wir werden nicht erheblich erklären.

**Ursula Rüegg, Fraktion SVP:** Die Fraktion SVP schliesst sich der Meinung des Stadtrates an und wird für nicht erheblich stimmen. Nicht, weil uns die Sicherheit der Velofahrer nicht wichtig ist, sondern, weil eine Pflasterlipolitik niemandem etwas nützt. Auch der geänderte Auftrag hat für mich nicht viel Neues gezeigt. Du hast es aber erklärt, Timo, vielen Dank. Wenn man die Neuhardstrasse anschaut: Ihr sprecht immer von Autos. Man muss aber auch wissen, dass ein Lastwagen 2.5 Meter breit ist. Es braucht also bereits 5 Meter, und am besten noch etwas Luft dazwischen, damit sich zwei LKWs kreuzen können. So reicht es nicht mehr für Massnahmen zugunsten von Velos. Wir können uns vorstellen, dass bei hohem und sehr wahrscheinlich auch bei weniger hohem Verkehrsaufkommen, auch wenn es einen Streifen oder sonst etwas hätte, der Platz zugestellt ist. Dann kommt es nicht mehr so sehr darauf an, ob ich auf einem roten Streifen nicht passieren kann, oder sonstwo auf der Strasse. Olten hat ein Problem mit dem Verkehr im Allgemeinen. Und weil die Strassen und der Platz nicht wachsen, braucht es unserer Meinung nach eine ganzheitliche Betrachtung vom gesamten Verkehr. Vielleicht kommt dann auch der letzte Experte darauf, dass eine Vergesellschaftung von Fussgänger, Langsamverkehr und motorisiertem Verkehr auf dem Platz, der zur Verfügung steht, einfach unmöglich ist. Das ist das, was jeder und jede von uns spürt, feststellt und sich darüber aufregt. Wenn wir nicht bereit sind, für alle Verkehrsteilnehmer Platz zu schaffen, akzeptieren wir weiterhin den Streit auf der Strasse und unsichere Zustände für alle. Und wenn es auf den Strassen, die wir haben, nicht genügend Platz hat, dann müssen wir an anderen Lösungen herumstudieren.

**Salome Kisker, Fraktion OJ:** Vielen Dank für diesen Prüfauftrag. Um es vorabzunehmen: Wir werden nicht geschlossen stimmen. Einerseits finden wir natürlich jegliche Massnahmen, die das Velofahren in Olten begünstigen, unterstützenswert. Und wie auch die vielen Aufträge und Diskussionen im Parlament zur Verbesserung vom Langsamverkehr aufzeigen, ist vom Stadtrat dringend Handlung erwünscht. Auf der anderen Seite haben wir das Gefühl, dass diese Stelle nicht matchentscheidend oder besonders gefährlich ist, um jetzt Mikromanagement zu betreiben und dass wir es für sinnvoll erachten, wenn man das gesamte betrachtet und eben diesen Velo-Masterplan abwarten würde. Wir hoffen hier auf clevere Lösungen. Und wenn ich gleich die Frage an den Stadtrat stellen darf: Wie ist der aktuelle Stand diesbezüglich? Als zweite Frage: Könnte man diesen Antrag erheblich erklären und gleichzeitig abschreiben? Dürfen wir hierzu den Antrag stellen oder von wem müsste das kommen?

**Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber:** So, wie ich es verstehe, dürft ihr den Antrag für eine Abstimmung zur Abschreibung stellen. Somit erachten wir den Antrag als gestellt.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Ich musste nach links zur Baudirektorin spicken, welche die Ortsplanung führt. Marion hat mir gesagt, dass der Masterplan Velo voraussichtlich Ende dieses Jahres 2023 vorliegen wird. Wir sind an der Arbeit, wir sind im Prozess. Vielleicht ist es dann eine Woche früher oder eine Woche später. Aber das Ziel ist es, wenn es so weiterläuft, dass er Ende 2023 vorliegt.

**Timo Probst, Fraktion SP/JSP:** Ich respektiere die vorangegangenen Voten von OJ, der SVP und der FDP, welche hier nicht zustimmen werden. Ich hoffe einfach, dass ihr dann beim Masterplan Velo auch bereits seid, an dieser Situation wirklich etwas zu verbessern. Zu OJ möchte ich sagen, dass ihr bereits gestern ziemlich schnell ward im Sachen abschreiben. Da haben wir über gewisse Sachen explizit noch einmal diskutiert. Ich finde es doch schade, wenn man es im vorliegenden Fall machen würde und es einfach quasi bereits in der ersten Sekunde abschreiben möchte.

**Tobias Oetiker (OJ):** Ich habe eine Frage: Timo, du hast zuvor gesagt, Markus Dietler hätte nachgefragt, was du geändert hättest. Als ich deinen Auftrag gelesen habe, ist mir sehr deutlich aufgefallen, was du geändert hast. Du hast deinen Wunsch nach Velostreifen entfernt und hast an den Stadtrat eine offene Frage gestellt. Der Stadtrat hat dies nicht gewusst, als er seine Antwort geschrieben hat. Er ist sehr ausführlich auf die Velostreifen, respektive auf die Problematik mit den Velostreifen eingegangen und hat von dir keine offene Frage erhalten und diese somit auch nicht beantworten können. Von dem her hat das, was der Stadtrat nun in seiner Antwort sagt, meiner Ansicht nach konkret nichts mit deinem konkret neuen Auftrag zu tun. Ich finde diesen spannend, er ist offen. Man fragt, was könnte man machen, bitte sag. Von dem her ist die Situation für mich im Moment etwas «strange». Wir hatten gestern den Vorstoss von der Mitte. Dort ging es nicht, dass man dem Antrag an den Stadtrat verändert mit dieser Doppelabstimmung. Und jetzt ist es auf eine Art etwas Ähnliches. Du hast einen neuen Vorstoss gemacht, einen offeneren, coolen, wie ich finde. Aber, eben, wir wissen nicht, was der Stadtrat davon hält. Das finde ich noch schade.

**Christine von Arx (SP):** Ich möchte etwas zur Sache sagen, aber als erstes eine Bemerkung zur Abänderung dieses Auftrages. Das hatten wir hier schon regelmässig, dass bei Aufträgen der Grünen diese Aufträge neu formuliert wurden, nachdem die Berichte eingetroffen waren. Ich kann mich nicht erinnern, dass ihr euch irgendwann daran gestört habt und die entsprechenden Aufträge abgelehnt hättet. Einfach als kleine Bemerkung, wenn man sich jetzt auf Formalien einlässt, damit man den Auftrag nicht ablehnen muss. Aus welchem Grund auch immer. Nun zur Sache: Der Stadtrat verweist bei diesen Velogeschichten immer auf den Masterplan. Mit diesem wird es so sein, wie ich es gestern beim Bifangplatz angetönt habe. Dieser Masterplan kommt, vielleicht kommt er nicht. Unklar ist, in welcher Qualität. Und dass etwas gemacht wird, wird nicht sein. Ich befürchte, dass es in diesem Masterplan wieder eine Velo-Schnellroute als Stadtteilverbindung Martin-Disteli-Strasse – Römerstrasse gibt mit einem Strich über den Bahnhof und die Aare. Damit ist niemandem geholfen. Das hier ist ein konkreter Auftrag, dass eine Problemstelle umgesetzt wird. Und es ist nicht einfach eine Nebensache. Das eine sehr gefährliche Stelle. Das ist die Ausfahrt von zwei Quartieren in dieser Stadt auf die Unterführungsstrasse, damit man die Stadtteile queren kann, ohne die Winkelunterführung zu passieren. Und nun haben wir die groteske Situation, dass man Dank der Grünen als Velofahrer/in bei der Ampel rechts abbiegen darf. Aber dummerweise kommt man gar nicht bis zu dieser Ampel. Denn die Autos stehen ja bis zur Agogis, also bis hinten zum Autogrill. Das sind drei bis vier Grünphasen, bis man vorne ist. Man kann sagen, gut, das ist historisch gewachsen, diese Strasse ist zu eng. Sehe ich auch so. Wenn dort ein Lastwagen von der Unterführungsstrasse her in die Neuhardstrasse abbiegt, kommt er nicht einmal an den Autos vorbei, selbst wenn diese am Trottoirrand stehen. Es ist eine bedauerliche Situation. Was hat die Stadt gemacht? Der Umgehungsweg wäre Tannwaldstrasse – Von Roll-Strasse – Unterführungsstrasse. Die Von Roll-Strasse wurde im Rahmen des Neubaus «Aarepark» – so heisst es, glaube ich – neu gemacht. Man hat irgendwie ein 2.5 Meter breites Trottoir gemacht, anstatt ein normal breites Trottoir und ein Velostreifen, damit man auf der Von Roll-Strasse wenigstens bis nach vorne zur Ampel fahren kann. In diesem Stadtrat ist null Sensibilität vorhanden für die Bedürfnisse von Velofahrenden. Auch nicht bei laufenden Projekten. Bei laufenden Bauten auf Strassen werden Velofahrende nicht berücksichtigt. Daher ist es extrem wichtig, dass solche Vorstösse erheblich erklärt werden, damit der Stadtrat

gezwungen wird, jederzeit und bei jedem Projekt an die Velofahrenden zu denken und auch an Orten, die offensichtlich schlecht sind, Verbesserungen zu machen. Dann noch zum Abschreiber: Wir haben ja dies neu eingeführt. Der Sinn war, dass man ein Thema bringt und der Stadtrat darauf erklärt, er mache schon etwas, und damit man sagen könnte, die Stossrichtung ist aufgenommen. Das ist hier nicht der Fall. Der Stadtrat sagt, er mache nichts, weil er nichts machen kann und nichts machen will. Das ist überhaupt kein Grund für einen Abschreiber. Im Gegenteil: Das ist ein Grund, weshalb man es für erheblich erklärt und stehenlässt. Denn sonst würde man wirklich lieber den Auftrag gleich ablehnen und ist ehrlich und sagt: Dieser Zustand dort ist okay, Velofahrende, schaut, was ihr dort macht, uns ist es egal.

**Denise Spirig (OJ):** Ich möchte nur rasch etwas zur Abschreibung sagen und was die Gedanken hinter der Abschreibung sind. Wie gesagt, wir haben durchaus Sympathien für den Prüfauftrag und sehen bei dieser Kreuzung ebenfalls ein Problem. Es ist wirklich nicht ideal. Leute, die täglich dort durchfahren, müssen aufs Trottoir ausweichen usw. Es ist wirklich nicht ideal. In der Beantwortung des Stadtrates ist es einfach so, dass er sagt, er sei daran, er mache etwas, er habe es mehr oder weniger bereits geprüft. Deshalb würden wir es abschreiben. Denn wenn man es einfach annimmt, erfordert dies auch wieder einen Bericht vom Stadtrat und es generiert Arbeit in der Verwaltung. Und wenn wir ganz ehrlich sind, ändert es nichts am Vorgehen des Stadtrates. Er ist daran, den Masterplan Velo zu erarbeiten und wird an der konkreten Stelle keine Einzelmassnahme umsetzen. Darum ist es für mich einfach Arbeitsgenerierung, bei welcher ich nicht das Gefühl habe, dass es zu einer Verhaltensänderung des Stadtrates führen wird.

**Luc Nünlist (SP):** Merci, Denise, für die Ausführungen. Ich hätte gleich noch danach gefragt. Aber auch nach deinen Ausführungen leuchtet mir eigentlich die politische Aussage überhaupt nicht ein. Früher hat man gesagt: «Als erledigt». Und wir haben nun dieses Postulat und sagen, wir haben die Situation, wir sind uns hier im Rat offensichtlich alle einig, dass die dortige Situation nicht nur nicht ideal, sondern auch saugefährlich ist. Und wir haben hunderte Schüler/innen, die dort täglich entlangfahren. Es ist eine wirklich gefährliche Situation. Wenn wir nun sagen, wir erkennen dies, und wir schreiben es ab. Heisst abschreiben, das ist erledigt? Das heisst, wir haben alles gemacht, was wir machen können. Und der Master, woran gearbeitet wird. Da ist vielleicht auch der Frust von Christine und mir, welche am längsten in diesem Rat sitzen, relativ gross und vielleicht das Vertrauen nicht mehr so stark. Wir haben schon so viele Masterpläne und Konzepte Velo und Stadtseitenverbindungen bekommen, aber wir haben nie etwas klar umgesetzt. Die gestrichelte Linie, welche Christine anspricht: Wir sehen einfach nicht, wo das konkret umgesetzt werden wird. Bis Ende Jahr der Masterplan. Wir haben jetzt eine Veloverbindung entlang der Aare, welche zum Teil in Schildern endet. Sie endet in einer halben Pumptrackanlage. Es ist einfach nicht klar, was wirklich passiert. Alle tatsächlich greifbaren Strukturen, die wir rund um dieses Areal haben, sind eher entgegen den Grundsätzen vom Masterplan Velo. Es wird nämlich nicht angenehmer mit dem Velo quer durch die Stadt zu fahren, sondern eher unangenehmer. Und wenn wir hier eine Verbesserung fordern, eine politische Forderung für eine Verbesserung fürs Velo, dann sicher, indem wir es nicht abschreiben.

**Thomas Fürst (FDP):** Gerne möchte ich nur kurz etwas zur Klärung beitragen: Es ist so, wie es Denise Spirig gesagt hat. Abschreiben kann man auch nach klarer Erläuterung in der Botschaft zum entsprechenden Geschäft, welches wir, glaube ich, gerade in der letzten Session behandelt haben, auch genau dann, wenn die bereits nötigen Massnahmen eingeleitet wurden, vornehmen. Entsprechend gibt es eigentlich dem Votum von Denise Spirig nichts hinzuzufügen.

**Denise Spirig (OJ):** Ich wollte noch einmal etwas zur Abschreibung sagen. Für mich ist abgeschlossen, wenn sich der Prüfauftrag erledigt hat und Massnahmen eingeleitet sind. Genau

so wollte ich es auch sagen. Ausserdem, Luc: Ja, du bist schon mega lange dabei. Du hast hier mit deinen Vorstössen auch schon sehr viele Mikromanagement-Vorschläge eingebracht, aber das ist leider einfach nicht unsere Aufgabe. Wir können nicht an konkreten Stellen Massnahmen fordern. Wenn der Stadtrat sagt, dass er daran ist, ein Konzept auszuarbeiten und zu gegebener Zeit – hoffentlich bald – Massnahmen umsetzt, dann ist das die Aufgabe des Stadtrates. Und es ist nicht an uns zu sagen, bitte genau diese Ecke ändern. Und geprüft hat er es, und aufgenommen ist es und Massnahmen sind eingeleitet.

**Christine von Arx (SP):** Natürlich sehe ich das: Geprüft hat er es, er hat seine Meinung gesagt. Was mich interessieren würde: Welche Massnahmen hat er denn getroffen? Ausser, dass er beabsichtigt einen Masterplan zu machen. Damit ist noch keine einzige Massnahme genannt, geschweige denn umgesetzt. Und etwas habe ich zuvor vergessen. Ich hätte einfach noch ein kleines Anliegen. Es wäre gut, wenn man mal kontrollierte, dass dort nicht immer bei Rot über die Kreuzung gefahren wird. Vielen Autofahrenden ist nicht bewusst, dass sie bei Rot drübergefahren sind, wenn sie beim gelben Streifen halten. Also dort wäre es zwingend nötig, dass man eine Rotlichtkontrolle macht. Es ist mir auch schon passiert, dass ich auf der anderen Seite der Neuhardstrasse bei Grün losgefahren bin und dann tatsächlich fast in ein Auto gefahren bin.

**Lukas Lütolf (GO/JGO):** Ich möchte vor allem noch einmal darauf eingehen, was Tobias gesagt und sehr treffend bemerkt hat. Die Antwort vom Stadtrat betrifft eigentlich nicht das, was Timo neu möchte. Daher ist diese Prüfung noch nicht abgeschlossen. Manuela hat im Fraktionsvotum die Idee mit der Ampelversetzung ins Spiel gebracht. Es gibt also durchaus Möglichkeiten. Es abzulehnen oder abzuschreiben, nur, weil man auf den gelben, dicken Velostreifen versteift ist, finde ich nicht konsequent. Und was ich auch nicht so konsequent finde von OJ mit dem bösen Wort «Mikromanagement»: Bei den Markierungen auf dem Klosterplatz und in der Altstadt, worüber wir auch bald diskutieren werden, haben wir eigentlich genau die gleiche Situation und dort werdet ihr wahrscheinlich unmittelbar nach einer Erheblichkeitsklärung nicht direkt abschreiben wollen.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Ich komme noch einmal auf den Auftragstext zurück. Dieser war bei der Beantwortung für uns relevant. Und es ist eigentlich ein wichtiger Punkt, den du angesprochen, Tobias: Wir geben die Antwort auf die Frage, die gestellt wurde. Wir saugen uns diese nicht aus den Fingern. Dafür haben wir auch die Stadtplanung, die öffentliche Sicherheit und entsprechend kommt die Antwort, die hier geschrieben steht. Es ist in diesem Fall nicht möglich. Es ist auch nicht zulässig einen Velostreifen zu markieren, der nicht so breit ist, wie er sein müsste. Hierfür gibt es Normen und diese kann man hier nicht erfüllen. Man könnte das eigentlich relativ einfach heilen, indem man den Auftrag zurückzieht und gleichzeitig mit dieser Streichung neu eingibt. Das wäre auch noch heute, am heutigen Tag, möglich. Man könnte noch einen Vorstoss einreichen. Für uns, den Stadtrat, ist es ein bisschen problematisch, wenn ein Vorstosstext im Prozess überarbeitet wird. Das haben wir bereits von verschiedenen Seiten gehabt. Bei den Grünen, SP, Bürgerlichen ist es schon passiert. Das ist eigentlich nicht ganz fair. Wir können die Überarbeitung nicht machen. Wir konnten es auch nicht besprechen. Man müsste auch die Verwaltung konsultieren. Und ihr, in den Fraktionen, konntet es auch nicht besprechen. Eigentlich geht das nicht. Und wir treten daher auf nicht auf das ein. Denn das würde uns in Situationen bringen, dass wenn man mit der Antwort nicht zufrieden ist, der Auftrag abgeändert wird. Und wenn man sich das ein bisschen überlegt, wohin das führt... Am Schluss ist es unmöglich, das Ganze zu händeln. Und es ist eigentlich auch nicht fair euch gegenüber, die das in den Fraktionen vorbesprechen möchten. Es wäre gescheiter, es noch einmal einzugeben. Dann können wir es sauber beantworten und dann haben wir auch die entsprechenden Ergebnisse. Wenn man den Auftragstext im Prozess zwischen der Einreichung und der Behandlung abändert, ist das einfach schwierig. Und es ist schon ein paar Mal passiert. Ich möchte euch namens des ganzen Stadtrates bitten, hier

Zurückhaltung zu üben. Uns ist die Situation bekannt. Wir wissen, dass es ganz unangenehm ist. Ich selber, und wahrscheinlich wir alle, haben es bereits erlebt. Ich finde es jetzt ein bisschen speziell, wenn man dem Stadtrat jegliche Sensibilität abspricht, Christine. Immerhin hat der Stadtrat bei «Bike to work» den ersten Preis gewonnen mit der Anzahl gefahrenen Tagen, welche dieser Messung zugrunde liegen. Also, wir sind daran diesen Masterplan Velo auszuarbeiten. Lasst euch nun doch erst mal auf die Ergebnisse ein. Und sagt nicht immer: Sie wissen... Sie, sie, sie. Das mag ich nicht. Es ist der Stadtrat, die Verwaltung, die Planungsbehörde. Bitte sprecht hier auch ein bisschen mit Respekt. Auch gegenüber unseren Leuten und gegenüber uns selber.

**Ursula Rüegg (SVP):** Ich trage jetzt etwas zur Komik des heutigen Abends bei: Als ich ein Kind war, heuer werde ich 65, und ich das Velofahren gelernt habe, hat es geheissen: Du, es ist ganz gefährlich von der rechten auf die linke Stadtseite zu gelangen. Du kannst nicht über die Postkreuzung fahren, wenn du nicht wirklich gut fahren kannst. Sechzig Jahre später erzählt ihr euren Kindern: Es ist im Fall sehr gefährlich von der rechten Stadtseite auf die linke zu fahren. Das geht nicht. Also, so viel zur raschen Umsetzung und so viel zu den Massnahmen, die bereits getroffen wurden. Also, wir von der rechten Stadtseite sind eigentlich immer noch vom Rest der Welt abgetrennt.

**Nico Zila (FDP):** Ich möchte von der Welt der Komik wieder zurück auf die seriöse Velofahrbahn kommen. Christine, wenn die Kantonspolizei dann dort Kontrolle macht, dann kann sie auch gleich die Velofahrer büssen, welche dort auf dem Trottoir unterwegs sind. Aber zurück zum Auftrag. Die FDP-Fraktion hat in ihrer Sitzung vom letzten Donnerstag noch den ersten Wortlaut beraten. Christian Huber hat gesagt, mit Blick auf den Masterplan Velo ist es natürlich wenig zweckmässig, einzelne Kreuzungen herauszupicken und sogar konkrete Massnahmen vorzuschlagen, so gut überlegt und gemeint diese sein mögen. Von dort kam unsere Ablehnung an der Fraktionssitzung. Nun muss ich sagen, als ich dir, Salome, zugehört habe, habe ich realisiert, dass das neu- oder wiedereingeführte Instrument mit der Abschreibung noch nicht wirklich angekommen ist. Wir konnten uns nun in einer kurzen Wiedererwägung finden. Und zwar, dass wir deinem Wortlaut von der zweiten Version, Timo, auch gut zustimmen können. Es spricht sicher nichts dagegen zu prüfen, wie man die Sicherheit von Verkehrsteilnehmenden verbessern kann. Aber gleichzeitig würden wir auch den Abschreibungsantrag von OJ unterstützen.

**Muriel Jeisy-Strub (Die Mitte):** Lieber Stadtpräsident, ich wollte noch rasch an dein Votum anknüpfen. Ich verstehe ein bisschen den Unmut wegen des Abänderns. Aber ich finde es auch keine Lösung, wenn man dann sagt, alle sollen quasi das Gleiche noch einmal bringen. Das finde ich nicht effizient und ich möchte auch nicht noch unzählige Zusatzsitzungen haben. Mir ist noch etwas in den Sinn gekommen und daher der Appell, dass man vielleicht von Anfang an die Idee etwas offener formulieren könnte. Gerade bei Prüfaufträgen, bei welchen man sich absolut nichts vergibt. Dann könnte man in der Begründung konkrete Vorschläge bringen, bei welchen man erwartet, dass sie auch angeschaut würden. Ich fände diesen Weg den effizienteren.

### **Beschluss**

Mit 33 : 4 Stimmen wird der Auftrag erheblich erklärt.

### **Beschluss**

Mit 22 : 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Auftrag nicht abgeschrieben.

Mitteilung an:

Direktionsleitende betreffende Direktion(en)

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 21. September 2023

Prot.-Nr. 11

## Überparteilicher Auftrag Martin Räber (GO), Tobias Oetiker (OJ), Florian Eberhard (SP/JSP) betr. Nachhaltige Entwicklung in die Gemeindeordnung integrieren/ Beantwortung

Am 21. Juni 2023 haben Martin Räber (GO), Tobias Oetiker (OJ), Florian Eberhard (SP/JSP) folgenden Auftrag eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, eine Anpassung der Gemeindeordnung in die Wege zu leiten und Artikel 2 *Aufgaben und Delegationsbefugnisse* Paragraph 1 um folgenden Punkt zu ergänzen:

\*) Die Stadt Olten setzt sich aktiv für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Stadtentwicklung ein.

### Begründung:

In der Gemeindeordnung von Olten ist Nachhaltigkeit zu wenig verankert. Einzig in Art. 2e) ist zu lesen «*Sie [die Stadt Olten] erhält und verbessert die Infrastruktur und nimmt sich den Belangen der Mobilität und des Verkehrs an. Sie handelt dabei im Interesse eines nachhaltigen Nutzens für Menschen und Wirtschaft.* »

Mit Annahme dieses Auftrages erhält die Gemeindeordnung eine zeitgemässe Anpassung, die der Bedeutung einer nachhaltigen Entwicklung Rechnung trägt. Eine nachhaltige Entwicklung berücksichtigt die Dimensionen ökologische Verantwortung, gesellschaftliche Solidarität und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Die Agenda 2030 der UNO mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) bildet den Referenzrahmen entsprechend dem Nachhaltigkeits-verständnis der Schweiz.»

\* \* \*

### Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Im Räumlichen Leitbild der Stadt Olten, welches das Parlament im Mai 2022 genehmigt hat, ist in der übergeordneten Positionierung die Aussage enthalten: «Die Stadt nutzt unter Berücksichtigung einer nachhaltigen Entwicklung ihr Wachstumspotenzial zur Stärkung ihrer Zentrumsfunktion als attraktiver überregionaler Wohn-, Kultur-, Bildungs- und Arbeitsstandort.» Im Regierungsprogramm des Stadtrates 2021-2025 lautet der Schwerpunkt IV: «Stadt der Nachhaltigkeit».

Beide Formulierungen stimmen mit der im Auftrag beantragten Anpassung der Gemeindeordnung, welche ihnen auf der höheren Ebene der Gemeindeordnung zusätzliche Tragweite verleiht, überein. Der Stadtrat beantragt daher, den Auftrag erheblich zu erklären.

- - - -

**Martin Räber, Auftraggeber:** Die nachhaltige Entwicklung ist für den Bund und die Kantone keine freiwillige Aufgabe. Der Artikel 2, Zweck der Bundesverfassung, erklärt nachhaltige Entwicklung zum Staatsziel und Artikel 73, Nachhaltigkeit, verlangt vom Bund und den Kantonen auf die Dauer ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits, und ihrer Beanspruchung durch den Menschen andererseits, anzustreben. Die Gemeindeordnung von Olten listet in Artikel 2 die Aufgaben und Delegationsbefugnisse der Stadt Olten auf. Das ist eine ziemlich knappe Aufzählung der wichtigsten Wirkungsbereiche der Stadt. Die nachhaltige Entwicklung und der Klimaschutz fehlen dort bis jetzt. Als wichtige Anliegen von heute – und natürlich auch von morgen – müssen sie aber als Aufgabe der Stadt erscheinen und damit Massnahmen auf Verfassungsebene legitimieren. Wir haben uns zuerst überlegt, ob wir eine breitere Aufzählung von Aufgaben in der Gemeindeordnung verankern wollen. Und zwar mit einem eigenen Artikel dazu. Wir haben dann jedoch gesehen, dass es eine Eigenheit der Oltner Gemeindeordnung ist, dass es eben eine knappe Aufzählung der Aufgaben gibt in diesen Artikel 2. Wir haben daraufhin entschieden, entsprechend dieser Struktur Nachhaltigkeit und Klimaschutz gleichwertig zu integrieren. Andere Städte, wie zum Beispiel Aarau oder Zürich, geben diesen in der Gemeindeordnung viel mehr Raum. Wir sind der Meinung, dass diese Form genügt, um Massnahmen auf einer tieferen Ebene regeln zu können und dass damit eine nachhaltige Entwicklung eine zeitgemässe Anpassung in der Gemeindeordnung erhält und damit eine gesetzliche Grundlage, um Massnahmen umsetzen zu können. Wir hoffen, dass es im Parlament eine breite Unterstützung findet. Die Gewichtung der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit, also die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Ökologie, wird sich dann natürlich entsprechend unserer politischen Präferenzen ausgestalten und genügend Raum geben für Diskussionen, wie wir die Nachhaltigkeit genau umsetzen können. Durch die kommende Volksabstimmung, die notwendig sein wird, wird dann auch die Bevölkerung bei diesem wichtigen Entscheid ins Boot geholt. Ein gemeinsames Bekenntnis hier von uns zu den Grundlagen der Nachhaltigkeit ist ein Signal an die Oltnerinnen und Oltner, dass wir im Grundsatz in die gleiche Richtung steuern möchten. Ich danke euch für die Unterstützung dieses Auftrages.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Der Stadtrat nimmt das sehr gerne entgegen. Wir würden euch beantragen, diesen Auftrag erheblich zu erklären. Wir würden diese Gemeindeordnung anpassen müssen. Es sind ja verschiedene Paragraphen, auch in anderem Zusammenhang, welche zur Disposition stehen. Es stellt sich dann die Frage des Zeitpunktes und auf welche Legislatur. Grundsätzlich kann man es immer anpassen. Wir würden euch empfehlen, den Auftrag erheblich zu erklären.

**Tobias Oetiker, Fraktion OJ:** Ich gehöre zu jenen, die es zusammen mit den Grünen und der SP erarbeitet haben. Eine Überlegung, weshalb wir die Gemeindeordnung ändern möchten, ist, dass wir im unteren Reglement, in den Statuten, solche Sachen einführen. So haben wir beschlossen, dass Nachhaltigkeit wichtig ist für die SBO. Das ist jetzt in ihren Statuten enthalten. Aber sozusagen die gesetzliche Grundlage dafür, der Auftrag in der Gemeindeordnung, der fehlt. Ja, klar, man kann es irgendwie herleiten, aber es wäre natürlich schön, wenn es in der Gemeindeordnung bereits festgehalten wäre: Das ist wichtig, das müsst ihr machen. Und danach findet es dann seine Reflexion in Reglementen, Statuten und anderen Sachen, die wir machen. Dadurch, dass wir die Nachhaltigkeit in die Gemeindeordnung aufnehmen, schaffen wir sozusagen den gesetzlichen Rahmen für Sachen, die wir teilweise bereits machen, aber auch weitere Massnahmen, die noch kommen werden. Das gleiche gilt dann auch für den zweiten Vorstoss mit dem Klimawandel.

**Marc Winistörfer, Fraktion SVP:** Die SVP kann der vorgeschlagenen Änderung zustimmen. Ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit ist bereits heute ein Ziel in der Bundesverfassung. Martin hat dies korrekt erklärt. Es gäbe im Übrigen noch weitere Vorschriften in der Bundesverfassung, welche das Ziel beinhalten. Aber das können wir dann mal bei einem Bier besprechen, Martin. Dass man es auch in der Gemeindeordnung festhalten würde, ändert an der geltenden Rechtslage eigentlich wenig. Es bleibt eine reine Zielbestimmung, welche weder einklagbare Ansprüche, noch grundsätzlich neue Kompetenzen der Stadt begründet.

Aber positiv, und das ist auch für uns positiv hervorzuheben, ist, dass die Nachhaltigkeit in Olten künftig nicht mehr nur einseitig ökologisch verstanden wird, sondern die ökonomische Nachhaltigkeit damit gestärkt wird. Gerade mit Blick auf die anstehenden Budgetdebatten ist dieser Punkt aus unserer Sicht besonders wichtig. Der Stadtrat wird in diesem Fall künftig daran gemessen, ob er eben nicht nur ökologisch nachhaltig handelt, sondern auch ökonomisch nachhaltig. Ausgabeexzesse sollten unter dieser Prämisse der Vergangenheit angehören. Wir hoffen, das ist für die Zukunft auch bei den Auftraggebern dieses Auftrags angekommen. In diesen Sinn wird die SVP diesem Auftrag zustimmen und diese Änderung in der Gemeindeordnung befürworten.

**Beat Felber, Fraktion Mitte/GLP/EVP:** Ich kann es kurz machen: Die Fraktion Mitte/GLP/EVP wird diesem Vorstoss einstimmig zustimmen. Wir finden es gut, dass das Thema Nachhaltigkeit ein grösseres Gewicht erhält und das gilt dann auch für den Klimaschutz.

**Nico Zila, Fraktion FDP:** Ich danke den Auftraggebern für diesen Vorstoss. Er ist inhaltlich nicht revolutionär, das wurde gesagt. An den Social Development Goals der UNO hat die FDP sicher nichts auszusetzen. Die Definition von Nachhaltigkeit, die ihr verwendet, finde ich auch in den Lehrbüchern, welche ich im Unterricht einsetzen darf. Inhaltlich ist es in dem Sinne ziemlich unbestritten. Wir haben uns daher auf gewisse übergeordnete – oder vielleicht kann man jetzt sagen, prozedurale – Fragen konzentriert. Die Gemeindeordnung der Stadt Olten, es wurde zurecht gesagt, ist eine relativ schlank formulierte Verfassung unserer Stadt. Wir haben diese, zwar vor einiger Zeit, aber doch sehr umfassend, überarbeitet. Eine Kommission hat sich damit beschäftigt. Auch, damit die verschiedenen Elemente in der Gemeindeordnung gut aufeinander abgestimmt sind. Und wenn wir nun beginnen, einzelne Punkte, ein bisschen isoliert, rauszupicken, dann ist das grundsätzlich immer heikel. Wir fragen uns in der FDP-Fraktion auch, wie denn diese Anpassung umgesetzt werden soll. Ich glaube bzw. hoffe, dass wir uns einig sind, dass eine Volksabstimmung für den einen Passus doch ein bisschen ein mit Kanonen auf Spatzen schießen darstellen wird. Ich höre nun vom Stadtpräsidenten eigentlich zum ersten Mal, dass weitere Änderungen geplant sind. Das kann vielleicht eine andere Grundlage bieten. Und drittens, wir haben es auch in diesen mehrfachen Diskussionen zu den SBO-Statuten bisschen versucht rüberzubringen. Wir wehren uns halt auch ein bisschen gegen diese Symbolpolitik, welche man mit solchen Massnahmen trifft. Es ist konkret niemandem gedient. Es geht weder der Umwelt, noch der Wirtschaft, noch den Menschen besser, wenn wir diesen Satz in der Gemeindeordnung festhalten. Er muss immer eine Grundlage für konkrete Massnahmen sein. Wir sind und bleiben skeptisch. Nicht dem Inhalt gegenüber, sondern gegenüber dem Vorgehen. Wir werden daher den Auftrag mehrheitlich ablehnen.

**Heinz Eng (FDP):** Ich glaube, man sollte in die Gemeindeordnung auch jene Sachen nehmen, welche in der Praxis umgesetzt werden können. Und ich bin mir nicht im Klaren, ob der Stadtrat in expressis verbis diesen Auftrag hier richtig verstanden hat. Wenn man nun hineinschreibt, so wie es gefordert wird: «Die Stadt ergreift Massnahmen gegen den Klimawandel und gegen seine Auswirkungen auf dem Stadtgebiet». Nun, hier im Parlament hat es zahlreiche Leute, die eine Ahnung über Hypothesen, über qualitative...

**Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber:** Heinz, entschuldige, wenn ich dich unterbreche. Wir sind noch nicht bei diesem Auftrag, sondern beim vorherigen zum Thema «Nachhaltige Entwicklung».

**Heinz Eng (FDP):** Entschuldigung, ich habe mich vertan. Ich komme danach noch einmal.

**Lukas Lütolf (GO/JGO):** Nur ganz kurz, das hat eigentlich jetzt gerade gepasst. Es gibt etwas, das ich der FDP gerne mitgeben möchte. Es wird ja dann nicht nur über einen Artikel abgestimmt, sondern, wenn es gut kommt, schon mal über zwei plus die Sachen, die der Stadtrat mal erwähnt hat. Also, einem Ja steht hier nichts im Weg.

**Christine von Arx (SP):** Ich äussere mich zum dem, was du gesagt hast, Heinz, zur Revision der Gemeindeordnung, obwohl du dein Votum erst später zu Ende bringen wirst. Als mittlerweile letzte übriggebliebene von dieser Spezialkommission «Teilrevision Gemeindeordnung», muss ich sagen, dass die jetzt vorgeschlagenen Variante, wie man diese Zweckbestimmung weiterentwickelt, sicher sinnvoller und systemkongruenter ist, als es die ursprüngliche Variante war, indem man einen eigenen Artikel macht. So wird die Einheit dieser Gemeindeordnung oder die Systematik beibehalten. Zum zweiten: Dieser Artikel 2 ist ein Zweckartikel. Es wäre dann das «g» oder «h» oder so, das dann bei diesen beiden zum Zuge käme. Solche Zweckartikel haben nicht den Anspruch, dass sie dann 1:1 umgesetzt werden, sie geben die Zielrichtung vor. Sie sind so ein bisschen eine Selbstdefinition, die man hat. Ich denke, es ist wichtig zum Ausdruck zu bringen, dass wir die ökologischen Anliegen auch gewichten. Aber eben, es ist so sicherlich systemkongruent.

**Marc Winistörfer (SVP):** Ich habe eine Frage an den Stadtpräsidenten. Du hast erwähnt, dass es noch weitere Änderungen geben wird, die man bei einer Abstimmung möglicherweise zusammenpacken könnte. Welche Änderungen wären das? Es würde mich interessieren.

**Stadtpräsident Thomas Marbet:** Jene, die jetzt gerade Zugriff haben, müssen mir rasch helfen. Ich meinte, dass wir noch einen Auftrag hängig haben betreffend Stellvertretung von Parlamentsmitgliedern, welcher eine Änderung der Gemeindeordnung bedeuten würde. Der Auftrag ist erheblich, ihr müsstet ihn noch beschliessen, und das wäre dann auch eine Änderung.

**Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber:** Genau. Der Stellvertreter-Auftrag wurde erheblich erklärt. Und dann gibt es gleich noch einen Auftrag, über welchen wir abstimmen werden, ob dieser auch noch kommen wird.

### **Beschluss**

Mit 31 : 6 Stimmen wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:  
Direktionsleitende betreffende Direktion(en)

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 21. September 2023

Prot.-Nr. 12

## Überparteilicher Auftrag Martin Räber (GO), Tobias Oetiker (OJ), Florian Eberhard (SP/JSP) betr. Klimaschutz in die Gemeindeordnung integrieren/ Beantwortung

Am 21. Juni 2023 haben Martin Räber (GO), Tobias Oetiker (OJ), Florian Eberhard (SP/JSP) folgenden Auftrag eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, eine Anpassung der Gemeindeordnung in die Wege zu leiten und Artikel 2 *Aufgaben und Delegationsbefugnisse* Paragraph 1 um folgenden Punkt zu ergänzen:

\*) Die Stadt ergreift Massnahmen gegen den Klimawandel und gegen seine Auswirkungen auf dem Stadtgebiet.

### Begründung:

In der Gemeindeordnung von Olten ist Klimaschutz nicht verankert.

Mit Annahme dieses Auftrages erhält die Gemeindeordnung eine Anpassung, die der Bedeutung des Klimawandels und der stadt-eigenen Klimastrategie Rechnung trägt. Die Oltnrer Stimmbevölkerung hat am 18. Juni 2023 mit über 72% Ja-Stimmen das Klimaschutzgesetz angenommen.»

\* \* \*

### Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Im Räumlichen Leitbild der Stadt Olten, welches das Parlament im Mai 2022 genehmigt hat, ist in der übergeordneten Positionierung die Aussage enthalten: «Olten legt bei der Umsetzung [der übergeordneten Positionierung] Wert auf Klimaschutz, Energieeffizienz und stadt-verträgliche Mobilität und sichert Freiräume für seine wachsende Bevölkerung.» Im Regierungsprogramm des Stadtrates 2021-2025 lautet eine der strategischen Zielsetzungen unter Schwerpunkt IV «Stadt der Nachhaltigkeit»: «Energieeffizienz und Klimaschutz haben eine hohe Priorität.»

Beide Formulierungen stimmen mit der im Auftrag beantragten Anpassung der Gemeindeordnung, welche ihnen auf der höheren Ebene der Gemeindeordnung zusätzliche Tragweite verleiht, überein. Die Bedeutung des Klimaschutzes unterstrichen und damit seine strategischen Aussagen konkretisiert hat der Stadtrat zudem bereits mit seiner 2021 verabschiedeten Netto-Null-CO<sub>2</sub>-Strategie. Der Stadtrat beantragt daher, den Auftrag erheblich zu erklären.

- - - -

**Martin Räber, Auftraggeber:** Man kann argumentieren, dass der Klimaschutz ein Unterthema bei der Nachhaltigkeit ist und daher keine eigene Erwähnung in der Gemeindeordnung bedarf. Wir finden aber aufgrund der Wichtigkeit und des Stellenwertes des Klimaschutzes in der Schweiz, dass der Klimaschutz eben doch eine eigene Erwähnung braucht und als eigene Aufgabe der Stadt aufgefasst werden sollte. Ich erinnere ganz kurz an die Bedeutung des Klimaschutzes. Dieser ist, wie wir gestern inzwischen gelernt haben, auch ein rechtes Anliegen, was uns natürlich sehr freut. Die globale Erwärmung hat auf die Schweiz besonders starke Auswirkungen. Wir spüren das bereits heute. Es ist in der Schweiz durchschnittlich bereits 2.5 Grad wärmer als vor 150 Jahren. Im globalen Durchschnitt ist es ein bisschen weniger, etwa die Hälfte. Die Landwirtschaft wird dadurch Schwierigkeiten bekommen. Die Zunahme von Wetterereignissen wie Dürre und Starkregen werden Ernteauffälle verursachen. Der Druck auf die Wasserressourcen wird aufgrund des veränderten Klimas und des steigenden Wasserbedarfs in der Landwirtschaft zunehmen. Der alpine Tourismus wird unter dem Rückgang der Gletscher und der Schneedecke leiden: Kürzere Skisaisons und weniger Wintersport sind die Folge. Der Klimawandel wird in anderen Teilen dieser Welt zu grossen Veränderungen führen, welche die Lebensbedingungen für Menschen verschlechtern wird. Und das wird wiederum zu verstärkter Migration führen. Die Schweiz wird einem Anstieg der Einwanderung entgegensehen, insbesondere eben auch durch Menschen, welche von den Auswirkungen des Klimawandels flüchten werden. Die genannten Faktoren werden die wirtschaftliche Stabilität der Schweiz beeinträchtigen, weil sie zu höheren Kosten zur Bewältigung der Klimafolgen führen werden. Ernteauffälle, Anpassung der Infrastruktur usw. All das sind Gründe, um heute aktiv zu werden. Mit der Zustimmung zu dieser weiteren Änderung setzen wir alle ein wichtiges Zeichen und ich würde mich freuen, wenn wir hier geschlossen dahinterstehen könnten. Auch hier gilt: Der Weg zu diesem Ziel bietet viel Stoff für unterschiedliche Ansichten, Ausprägungen und Lösungen. Ich danke euch für die Unterstützung.

**Marc Winistörfer, Fraktion SVP:** Wir haben mit unserer Zustimmung zur Nachhaltigkeit die Grünen wohl für einmal überrascht. In diesem Fall muss ich sie enttäuschen. Wir werden im Unterschied zum vorherigen Auftrag bei der Integration des Klimaschutzes in die Gemeindeordnung, nicht zustimmen. Klimaschutz in allen Ehren, doch es ist auf kommunaler Ebene primär symbolisch. Und Symbolpolitik wird die SVP nicht unterstützen. Wir erachten eine separate Bestimmung in der Gemeindeordnung für unnötig, da die Stadt in diesem Bereich bereits viele Massnahmen ergreifen kann. Wenn nun plötzlich diese Grundlage in der Gemeindeordnung geschaffen werden soll, kann man sich fragen, ob diese für die Stadt bisher ergriffenen Massnahmen, wie das Verbot von Steingärten, welches das Parlament vor einigen Jahren beschlossen hat, überhaupt in die Zuständigkeit des Parlamentes oder der Stadt Olten fallen. Zudem ist aus unserer Sicht nicht ganz klar, wann der neue Artikel Anwendung finden soll. Wann handelt es sich um eine Auswirkung des Klimawandels? Die Kausalitätsfrage dürfte von höchst politischen Überlegungen geleitet sein. Ob das eine oder andere eine wirkliche Auswirkung im strengen Sinn ist, kann man sich dann wahrscheinlich öfters mal fragen und darüber kann man sich auch politisch streiten. Wir wollen den Stadtrat keine Blankovollmacht geben, um irgendwelche Massnahmen, die politisch opportun sind, aber möglicherweise nicht wirklich nachweisbar auf den Klimawandel zurückzuführen sind, zu ergreifen. Zuvor haben wir den Auftrag mit der Nachhaltigkeitsbestimmung angenommen, damit diese in unsere Gemeindeordnung überführt werden kann. Im Gegensatz zu dieser, welche eine klare Zielbestimmung ist, erscheint mir die Formulierung, die hier vorliegt, mit dem zusätzlichen Absatz, eher als kompetenzbegründete Vorschrift. Also, von dem her ist uns die Tragweite dieses Artikels nicht klar und daher wird die SVP geschlossen ablehnen.

**Tobias Oetiker, Fraktion OJ:** Wir haben bei der Formulierung im Rahmen der Veränderung der Gemeindeverordnung explizit beide Aspekte reingenommen: Der Klimawandel und die Folgen vom Klimawandel. Und ich gehe mit dir einig. Der Klimawandel bekämpfen ist ein globales Problem. Da ist unser Einfluss in Olten so gross, wie Olten ist. Und wir sind nicht so gross. Hingegen die Folgen des Klimawandels in Olten, hängen uns an. Da kommt nichts irgendjemand anders und es nützt uns auch nicht, wenn irgendwo sonst auf der Welt CO<sub>2</sub> kompensiert wird, sondern das findet in Olten statt, dieser Klimawandel, der uns betrifft. Und wenn wir Bäume befreien, diesen Auftrag schaffen wir sehr wahrscheinlich nicht mehr, sind

das Sachen und Massnahmen gegen den Klimawandel. Und dadurch, dass diese Formulierungen in der Gemeindeordnung stehen, gibt das eine rechtliche Grundlage für all die Sachen, die wir bereits machen. Wir haben in diesem Zusammenhang eine Stelle bewilligt. Und es wäre natürlich viel schöner, eine rechtliche Grundlage zu haben, die in der Gemeindeordnung festgehalten wäre. Olten jetzt! ist natürlich dafür, dass es reinkommt. Denn wir finden es cool, wenn alles zusammenhängt und Sinn macht.

**Nico Zila, Fraktion FDP:** Hier ist der Fall für die FDP klarer als beim Auftrag zuvor. Wir wollen einzelne Politikfelder in der Gemeindeordnung nicht priorisieren, so wichtig sie sein mögen. Daran zweifeln wir inhaltlich überhaupt nicht. Wir haben zudem Angst – ich glaube Angst ist wirklich das richtige Wort, sonst korrigiert ihr mich –, dass eine solche Formulierung halt wirklich Tür und Tor öffnet für politische Massnahmen, die A kosten und B nicht im Sinne von allen sind. Das Votum meines Vorredners hat das eigentlich unterstrichen. Man sucht nach einer Grundlage in der Gemeindeordnung, um danach Debatten nicht mehr zuzulassen. Sondern es ist dann so, weil es so festgehalten ist. So wichtig der Klimaschutz und die Bekämpfung seiner Auswirkungen sind, wobei wir auch dort natürlich wieder unterschiedlicher Meinung sind, welche Massnahmen wirklich etwas bringen, so gehört es nicht in Artikel 2 in die Gemeindeordnung hinein. Genauso wenig wie andere politische Themen.

**Martin Räber, Fraktion GO/JGO:** Es ist für mich etwas seltsam, dass man eigentlich anerkennt, dass der Klimawandel tatsächlich ein Problem ist und uns vor grosse Herausforderungen stellt aber sich dann dagegen wehrt, dass man so etwas in unsere Verfassung schreibt. Etwas, das eine so zentrale Bedeutung hat. Ich kann nicht nachvollziehen, wie man die Wichtigkeit eigentlich attestiert, aber weil es dann etwas kosten könnte, wollen wir es nicht in der Gemeindeordnung verankern. Ich äussere mein Unverständnis diesbezüglich.

**Matthias Borner (SVP):** Ich habe diesen Voten gelauscht, von wegen Symbolpolitik und dass der Klimaschutz so wichtig ist. Gerade gestern hatten wir eine Vorlage, bei der es konkret darum ging: Das Krematorium. Dort hat es geheissen: Nein, in Olten wollen wir das nicht, wir bringen es nach Aarau, wo zehn Mal so viel Energie gebraucht und mit Gas geheizt wird. Über 80t CO<sub>2</sub> wird rausgelassen, Fahrdienst nicht einberechnet. Und dort haben die Junge SP und die Klimabewegten hier unterhalb von mir dafür gestimmt, da sie gesagt haben, es fällt ja nicht in Olten an, sondern in Aarau. Das wäre jetzt etwas Konkretes. Und das ist Unterschied zwischen Symbolpolitik und Prioritätensetzung, weil ihr es aus finanziellen Überlegungen so gewünscht habt.

**Heinz Eng (FDP):** Ich möchte gerne zwei, drei Bemerkungen machen. Ich habe es zuvor angetönt. Expressis verbis. Ich bin nicht sicher, ob der Stadtrat diesen Auftrag richtig verstanden hat. Klimawandel. Da bin ich mit dir einverstanden. Auch mit dir Tobi. Klimawandel ist global. Nehmen wir an, diese 2 Grad finden sehr wahrscheinlich statt und werden irgendwann auch wissenschaftlich bewiesen werden können. Nehmen wir an, in dieser Hypothese, auf städtischem Gebiet, diese 2 Grad. Und dagegen ergreift die Stadt, der Stadtrat, Massnahmen. Du hast es gesagt, Martin, es darf etwas kosten. Ja, wie machen wir das? Irgendeinen Satelliten hinauf in die Troposphäre schicken, damit nachher auf städtischem Gebiet im Perimeter genau diese 2 Grad gesenkt werden können? Der CO<sub>2</sub>-Ausstoss wird einerseits durch Tiere und Menschen gemacht, also gehen wir auf 5000 Einwohner/innen runter usw. Bäume pflanzen und so weiter, kann das nicht so weit reduzieren. Darum sage ich einfach, wenn man so etwas in eine Gemeindeordnung schreiben muss, ohne dass man konkrete Massnahmen, und vor allem auch praxisgerechte Massnahmen, ergreifen kann, ist es von mir aus gesehen ein Papiertiger. Und darum muss man es ablehnen und irgendwie auch schauen, dass man entsprechende Begriffe nicht verwechselt. Klimawandel, Klimaschutz, was weiss ich nicht, was alles, sondern hier wirklich ein griffiges Instrument hat. Und mit dieser Formulierung ist die Unklarheit grösser als je zuvor.

**Timo Probst (JSP):** Ich wollte etwas zum Votum von Matthias Borner sagen. Er hat ja das Krematorium noch einmal reingebracht. Der Klimawandel basiert auf wissenschaftlichen Fakten. Es gibt Zahlen, man kann ganz viel nachlesen. Ich möchte einfach daran erinnern,

dass ihr gestern eure wissenschaftlichen Zahlen und Fakten nicht offenlegen wolltet. Also, das ist mal noch ein Unterschied zum Krematorium. Heute können wir über etwas abstimmen, bei dem wir wissen – und es ist belegt, öffentlich einsichtbar –, dass es Auswirkungen haben wird. Bei den von euch gestern präsentierten Zahlen und so, wolltet ihr nicht sagen, woher ihr sie habt.

**Lukas Lütolf (GO/JGO):** Ich möchte mich Timo anschliessen. Wir haben Fakten, wir können sie belegen, wir können Quellenangaben machen. Ich gehe nicht weiter auf diese billige Wahlpolemik ein. Aber, was mich ein bisschen stört, diese Angst, die geäussert wurde von der FDP-Fraktion, dass wir danach nicht mehr darüber diskutieren und wir das grüne Klimaparadies erschaffen, weil ihr vielleicht Alpträume davon habt. Ich verstehe es nicht ganz. Man schreibt es in diese Gemeindeordnung, man hat ein Problembewusstsein. Unzählige Städte haben Klimamassnahmenpläne, Schutzpläne, Anpassungspläne. Das ist nichts Abstraktes. Das ist keine abstrakte Grösse. Und deswegen hat der Stadtrat keinen Blankocheck, alles durchzudrücken, was er will. Wir haben immer noch mitzureden, solange es in unserer Kompetenz liegt. Daher kann ich die Angst eines drohenden Machtverlusts nicht nachvollziehen, wenn wir das so reinnehmen. Ausserdem hat ja die Bevölkerung glücklicherweise am Schluss immer noch ein Wort mitzureden.

**Vivek Sharma (OJ):** Ich möchte nicht konkret zum Auftrag sprechen, sondern zu zwei Bemerkungen von Marc. Du hast gesagt, der Klimawandel sei politisch umstritten. Das war der Kommentar, den ich rausgehört habe. Aber, was ich weiss, ist, dass es wissenschaftlich nicht umstritten ist. Spätestens seit 1992.

**Marc Winistörfer (SVP):** Ernsthaft, und du kannst es danach im Protokoll nachlesen: Das habe ich so nicht gesagt. Vielleicht beim nächsten Mal zuhören, das würde helfen. Punkt zwei: Ich würde gerne noch auf zwei Voten von meinen Vorrednern eingehen. So, wie ich euch verstehe, geht es wirklich nicht um eine Zielbestimmung, worüber wir jetzt abstimmen werden. Sondern es geht über eine Kompetenzbestimmung. Tobias Oetiker hat zuvor gesagt, dann könne die Stadt etwas oder mehr machen – zumindest so habe ich es verstanden – und sie habe klare Kompetenzen. Dann Lukas, dich habe ich auch so verstanden, dass es mehr eine Kompetenz begründet, als dass es einfach nur ein Ziel ist. Also, es ist nicht wie die Nachhaltigkeit, was wir zuvor beschlossen haben, sondern, dass die Stadt damit auch wirklich eine gewisse Kompetenz erhält und darauf gestützt etwas machen kann. Geht ihr denn davon aus, dass man dann als Stadt Olten mehr Kompetenzmöglichkeiten hat, um gegen den Klimawandel und seine Auswirkungen vorzugehen? Oder stellt ihr euch das einfach als Zielbestimmung vor, wie bei der Nachhaltigkeit, das wir zuvor beschlossen haben? Vielleicht einfach noch zur Präzisierung. Denn mein Verständnis war anders, ganz offenbar.

**Lukas Lütolf (GO/JGO):** Ja, zu deinem letzten Punkt. So habe ich es verstanden und das wollte ich damit sagen. Nämlich, dass man eben nicht, wie die FDP Bedenken geäussert hat, dass nachher der Stadtrat quasi rundum grüne Träume verwirklichen kann. Also ja, Zielbestimmung. Das ist mein Verständnis. Und ja, du hast das nicht gesagt, von wegen Klimawandel leugnen.

**Tobias Oetiker (OJ):** Wir reden über den Artikel 2 unserer Gemeindeordnung. Dieser beginnt mit: «Die Stadt Olten besorgt öffentliche Angelegenheiten. Sie erfüllt die vom Bund und Kanton übertragenen Aufgaben und ordnet im Rahmen ihrer Befugnisse insbesondere die nachfolgenden Belange der Öffentlichkeit.» Und dann folgt eine Liste, was man so machen soll und um was man sich so kümmern soll. In dieser Liste erscheint unter anderem. «Sie trägt Sorge zum Lebensraum durch eine Raum- und Bauordnung.» Das ist alles, was es im Moment in der Gemeindeordnung in Bezug auf unsere Umwelt gibt. Natürlich kann man sagen, ja, der Klimawandel gehört dort dazu. Aber es ist ein bisschen grenzwertig. Und der Klimawandel ist eine Realität. Da sind wir uns einig. Oder? Folglich, wenn die Stadt nun in diesem Bereich Aktionen macht... Und das macht sie, wir haben jemanden angestellt, wir haben die Statuten der SBO verändert, wir haben einen Auftrag am Laufen, dass die Stadt CO<sub>2</sub>-neutral werden soll usw. Alles solche Sachen. Das kommt eigentlich in dieser Liste gar nicht vor. Und das ist

strange, wie ich finde. Natürlich können wir es machen. Das geht ja schon. Aber es wäre konsistenter, wenn das auch dort festgehalten wäre. Das würde der aktuellen Realität auf diesem Planeten, wo wir alle wohnen und wo wir uns oft sogar einig sind, entsprechen. Das fände ich schön. Denn ich finde es schön, wenn unser grundlegendes Gesetz für die Stadt dem entspricht, was wir auch machen. Es ist nicht, dass wir uns dadurch eine Kompetenz aneignen. Sondern, es ist konsistent.

**Martin Räber (GO/JGO):** Noch einmal, um dies zu unterstützen. Es ist wie ein Leuchtturm, der dort drin ist. Es zeigt an, was die wichtigen Bereiche der Stadt sind. Wo diese aktiv und tätig ist. Und das ist ein Leuchtturm. Und darum geht es. Und das ist ein Ziel, welches wir ansteuern.

**Manuela Höfler (GO/JGO):** Nur noch eine ganz kleine Bemerkung. Wir diskutieren jetzt: Ist es konkret? Zu wenig konkret? Wir wollen keine Symbolpolitik. Das ist der Versuch, dass wir in unserer Stadt eine rechtliche Grundlage haben, um die absolut grösste Menschheitskatastrophe auf dieser Welt abzuwenden. Wofür wir absolut dringend Massnahmen ergreifen müssen. Ob wir nun dies machen oder etwas Anderes, etwas machen müssen wir. Und es ist gut, wenn wir hier dem Rechtsstaat folgen und diese Grundlagen sauber setzen. Das ist alles. Ich durfte kürzlich einen Vortrag von einer sehr renommierten Klimaforscherin verfolgen. Und sie hat erzählt, dass sie überall auf der Welt mit allen möglichen Mensch spricht, um zu erklären, was es für uns bedeutet. Und es immer gut, sich zu überlegen, was es für einen selber bedeutet. Jeder Mensch hat andere Hobbys usw. und ist in einer anderen Form betroffen und vielleicht an anderen Orten empfindlich. Und sie wird immer wieder gefragt: Was brauchen wir? Brauchen wir einen systemischen Change/ systemische Veränderungen? Oder individuelle Verhaltensveränderungen? Auf diese Fragen antwortet sie immer mit ja. Wir brauchen beides. Wir brauchen alles. Wir müssen alles mitnehmen, Leute. Stimmt dafür. Es ist so wichtig. Ihr glaubt es nicht, aber in ein paar Jahren werden wir uns fragen, worüber wir uns hier unterhalten wegen eines solchen Artikels. Aber es ist lebenswichtig. Danke.

## **Beschluss**

Mit 25 : 12 Stimmen wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:  
Direktionsleitende betreffende Direktion(en)

**Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber:** Damit schliesse ich für heute. Wir treffen uns am Mittwoch, 22. November um 18.15 Uhr wieder. Dann zur Budgetdebatte. Ich wünsche euch in der Zwischenzeit schöne Herbstferien und bis im November.

- - - -

Parlamentspräsidentin: Yael Schindler Wildhaber

Stadtschreiber: Markus Dietler

Schriftliches Protokoll: Andrea Baumann

Verantwortliche Protokollführerin: Andrea von Känel Briner

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.